Was will der „Rote Matrosenbund"?

Alle Mann an Deck!

Die Wirtschaftskrise wächst und mit ihr das Elend des Proletariats. Proletarier, die nie den Stempelmarkt nach der deutschen „Revolution" kennen gelernt hatten, sind jetzt Stammgäste geworden. Trotz des einigen Elends sehen die Proletarier eine vollständige Passivität ihrer „bewährten" Organisationen. Die Gewerkschaften nebst Sozialdemokratie fürchten öffentliche Versammlungen unter den Erwerbslosen wie die Pest. Sie bezeichnen die Verschärfung der Krise als Gesundungskrise. Mit zynischer Frechheit, die nur satten Philistern eigen ist, beschimpfen sie noch das Proletariat, daß es nicht treu genug zu seinen alten „bewährten" Organisationen hält; täten sie dieses, dann wäre die Bourgeoisie nicht in der Lage, die Rationalisierung nur auf Kosten des Proletariats vorzunehmen. Besonders betont letzteres der Zutreiber der Orgeschfront die Kommunistische Partei Deutschlands als Sektion der 3. Internationale. Ihre Parole lautet: 100 Prozent gewerkschaftliche Organisierung in den Betrieben und für ihre Mitglieder besonders heißt es: 75 Prozent aller Parteiarbeit muß Gewerkschaftsarbeit sein. Diese Parole muß sie ausführen im Interesse des russischen Staates, deren außenpolitische Stützpunkte ja nur die einzelnen Sektionen darstellen. Eine besondere Begründung ist hierfür in diesem Abschnitt nicht notwendig, da dieses in der „KAZ." laufend seit Jahren geschieht.

Dieser konterevolutionäre Kurs, dem die Liquidierung der KOI. bald folgt und auch die der 3. Internationale folgen muß, ist jetzt vielen Proletariern in der KPD. zum Bewußtsein gekommen. Die Linke wächst und klärt sich. Trotz aller Demagogie der ekkitreuen Führer und ihres Anhanges. Und die Partei mußte naturnotwendig die Parole auch auf ihre Hilfsorganisationen übertragen, die man durch das Schild der Ueberparteilichkeit in geschickter Form aufgezogen hatte, als da besonders sind der „Proletarische Gesundheitsdienst" und der „Rote Frontkämpferbund" nebst „Roter Jungsturm". Der erstere soll in dem „Arbeiter-Samariter-Bund" (SPD.) aufgehen und „RFB." und „RJ." sollen erstmals restlos in die Orgeschfront eingereiht werden, um später, wenn die Bolschewisierung jedes kritische Denken ertötet hat, der republikanischen Schutzgarde beigefügt zu werden. Das Ganze heißt dann Rote Klassenfront, Einheitsfront oder auch auf leninistisch: „erfassen des richtigen Gliedes in der Kette". Der Versuch der KPD., den RFB. sein Aushängeschild der Ueberparteilichkeit zu nehmen und ihn für die Gewerkschaften, d. h. für die Konterrevolution zu verpflichten, stieß auf Widerstand. Proletarier, die ohne tiefere Kenntnis des kapitalistischen Systems und seiner Stützpunkte glaubten, als Mitglied des RFB., der Revolution zu dienen, sie glaubten: Soldaten der Revolution zu sein, wurden stutzig. Trotz ihrer gefühlsmäßigen revolutionären Einstellung kannten sie doch die Judasrolle der Gewerkschaften in der deutschen Revolution. Sie opferten lieber ihre Mitgliedschaft im RFB., als die Mitgliedschaft in einer „freien" Gewerkschaft zu erwerben. Viele von ihnen gingen und gehen noch zum „Bund roter Matrosen" (Rote Freiheitskämpfer). Derselbe hat sich gebildet durch die Initiative eines Restes der Volksmarinedivision. Auch anarchistisch-syndikalistisch orientierte Proletarier gehören ihm an. Er will die Avantgarde der proletarischen Revolution sein. Verschiedene Strömungen durchkreuzen sich. Zusammenbringt und hält sie alles das revolutionäre Gefühl, dieser Gesellschaftsordnung den Todesstoß zu versetzen. Die Grundeinstellung des „Bundes roter Matrosen" ist antigesetzlich, antigewerkschaftlich und antiparlamentarisch und soweit antimilitärisch, indem sie die militärischen Äußerlichkeiten der Uniform, des Paradeschrittes in Gruppenkolonne, der Großheit und der Kommißstiefelblödsinn noch heißt, ablehnen. Die ganz kurze Schilderung über die Zusammensetzung des Bundes sowie seiner Grundauffassung über die Taktik des Proletariats in seiner Revolution war notwendig, um den Proletariern des „Bundes roter Matrosen" auf folgende Konsequenzen ihrer Einstellung hinzuweisen.

Seit 1919 kämpft die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union antiparlamentarisch, antigewerkschaftlich und antigesetzlich. Allen Widerständen trotzend, gingen wir unseren Weg und wurden oft von Mitgliedern der proletarischen Hundertschaften und des Nachfolgers, dem KPD. systematisch in öffentlichen Versammlungen niedergeschrien und sogar mit Prügel bedroht. Immer wieder wiesen wir auf die Verbindung und Abhängigkeit der einzelnen Sektionen der 3. Internationale mit dem sich neu kapitalistisch entwickelnden russischen Staat hin. Wir haben auch nie verschwiegen, daß gerade die Weltrevolution ausbleib und ausbleiben mußte, weil eben die „freien" Gewerkschaften und die parlamentarischen „Arbeiter"-Parteien (SPD., USPD. und auch KPD.) staatserhaltende Organisationen geworden sind. In unserem Programm haben wir die Lehren aus den Niederlagen des Proletariats niedergelegt und organisatorisch auch die Schlußfolgerungen gezogen. Das revolutionäre Proletariat ist vereinigt in der Allgemeinen Arbeiter-Union, die sich zusammensetzt aus den revolutionären Betriebsorganisationen (BO.), welche wiederum die große Lehre der russischen Revolution, das Rätesystem in ihrem organisatorischen Aufbau, von unten nach oben, verwirklicht haben. Die AAU. ist die Klassenkampforganisation des revolutionären Proletariats. In ihr gibt es keine Gliederung nach Berufen. Jede Romantik, jede Gruppensonderung, jede Konzession an eine Tradition lehnt sie ab und muß sie ablehnen, da sie ihre Kraft aus der Erkenntnis schöpft, daß diese Krise des Kapitalismus seine letzte ist und das Proletariat der Revolution garnicht ausweichen kann. Aus dieser Erkenntnis rufen wir dem Bund roter Matrosen zu: „Wollt ihr die proletarische Revolution, wollt ihr den Kommunismus, wollt ihr den Aufstieg der Menschheit, dann gehört ihr in die Front des erstmalig reichen Proletariats, in die AAU. Die proletarische Revolution kennt keine Romantik, sie kennt auch keine besonderen roten Freiheitskämpfer mit dem Stander Z. Sie kennt nur eine Avantgarde und die ist in der AAU. und KAP. vereinigt. Eine ehemaligen Mitglieder der Volksmarinedivision müssen lernen aus der Geschichte der deutschen Revolution und bei offener Selbstkritik erkennen, daß auch die Schipper während des Krieges Revolutionäre bei sich hatten und dennoch sich auch ein Bund roter Schipper aufum könnte; denn kein anderer als Karl Liebknecht war ja auch Schipper. Trotzdem fiel es Karl Liebknecht gar nicht ein, auch nur einen Moment auf diese Zunft oder Formation stolz zu sein, sondern sein Platz war sofort im revolutionären kämpfenden Proletariat. Angesichts der Vereinigung aller reformistisch verseuchten Parlamentsparteien in der Gewerkschaftshärde ist es eine geschichtliche Notwendigkeit, daß sich gleichzeichtete Kräfte unter Ausnutzung aller Lehren der Niederlagen des Proletariats zusammenschließen. Nicht rote Matrosen (nebenbei bemerkt, haben nur wenige von euch überhaupt Salzwasser geschmeckt) werden in Westeuropa die proletarische Revolution schlagen, sondern nur das revolutionäre marxistisch denkende Proletariat wird imstande sein, den Moloch Kapitalismus und seine sich schützend vor ihm stellenden Berufsorganisationen nebst parlamentarischen Führerparteien zu beseitigen. Darum werft den alten Ballast traditioneller Zunft über Bord (verstaut es in die große Seekiste) und reiht euch ein in die Front des klassenbewußten Proletariats, in die Allgemeine Arbeiter-Union und Kommunistische Arbeiter-Partei. In diesen Organisationen haben sich längst die roten Matrosen nebst Schippern, Kavalleristen, Deserteure und wie sie alle heißen, vereinigt unter dem Banner des revolutionären Marxismus als Mitglieder der proletarischen Klasse.

Rote Matrosen!

Ihr müßt Stellung nehmen zur Diktatur des Proletariats, zur Revolution und ihren Aufgaben. Ladet uns ein in eure Zusammenkünfte und kommt in unsere Versammlungen. Laßt uns gemeinsam das erkennen, was als Hindernis zum Zusammenschluß im Wege steht. Nur ein Proletariat, das mit Selbstkritik und gegenseitiger Kritik stets neue Kräfte schöpft, wird seine historische, gigantische Aufgabe, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen vollbringen können.

Darum: Alle Mann an Deck! Herunter von dem Kasten, wo die Flagge traditioneller Zunft, der Stander Z weht und eingeschifft in die revolutionäre, marxistische Klassenfront, hinein in die Allgemeine Arbeiter-Union, wo hr nach eurer antiparlamentarischen antigewerkschaftlichen und antigesetzlichen Einstellung längst hingehört.

Aus der Bewegung

Ueber den Unfug politischer Kinder

Die Methode, bei Kindern das den Erwachsenen eigene Begriffsvermögen vorauszusetzen, um dann das Unvermögen des Zöglings, in eine ihm noch trennende Welt hineinzuspringen als Bösartigkeit auszulegen, ist zwar sehr bequem, aber längst ad absurdum geführt. Passieren kann dies halbwegs vernünftigen Menschen nur dann noch, wenn sie ihn Zweifel sind, ob sie noch ein Kind vor sich haben. Dieser Zweifel kann entstehen, wenn an dem Alter gemessen die Pubertät eigentlich überschritten sein sollte.

Ein solcher Ausnahmefall liegt auf politischem Gebiet bei unseren Freunden der AAUE. vor. Wir haben in Nr 26 und 27 der „KAZ." sehr ausführlich, auch den Kindern verständlich, zu der neuesten Kartell-Aktion der AAUE. Stellung genommen. Wir erwarteten, daß die „Einheitsfront" nun endlich so oder so schon ihren eigenen Mitgliedern begreiflich — die Zähne auseinanderbringt, und den Beweis zu erbringen sucht, wie denn nun der D.T.V. sowie auch die USPD. die gegebenen Partner wären für eine gemeinsame Frontbildung. Nach drei Wochen — man beznützte sich bekanntlich damit, daß man auf jeden Argument zwanzig „Pfui" setzte, anscheinend die neueste Methode, prinzipielle Fragen zu lösen — bringt die „Einheitsfront" eine Notiz von einer halben Spalte, in der die „jämmerliche Hilflosigkeit" der „KAP.-Füchse" — nicht etwa der hiesigen! — „feststellt". Weiter „enthüllt" sie den Sturm der Mitglieder der KAPD. und AAU. gegen die eigenen Instanzen durch Briefe, in denen den „Instanzen" der KAPD. und AAU. der Marsch geblasen wird. Aus dem Berg von Briefen zitiert sie einen Satz von Mühlheim a. d. Ruhr. Der Satz lautet: Schwerwiegende Trennungen sind nicht vorhanden, für Rivalitätsgeplänkel habe ich wenig Interesse. — Wenn wir auch feststellen müssen, daß uns von einem KAP.- oder AAU.-Genossen in Mühlheim Ruhr nichts bekannt ist, und aus dem Grunde schon die Geschichte sehr sauer riecht, so wäre es doch nicht übel, die Briefe abzudrucken, woraus dann vielleicht hervorginge, ob der Schreiber z. B. nicht die USPD. gemeint hat. Dieser Satz ist wohl so zu verstehen, daß der Schreiber — wenn er existieren sollte! — sich nicht erklären kann, daß die famose AAUE. gegen die KAPD. „kämpft" und zwischen sich und der USPD. „keine schwerwiegenden Differenzen" steht.

Aber eine Notlage eines Kindes ist zu entschuldigen. Ein Kind legt nicht den Maßstab eines Erwachsenen an, und verteidigt seine Position mit den ihm gegebenen Mitteln. Ein schlechter Pädagoge, wer auf einer kindlichen Notlage ewig und drei Tage herumreitet.

Anders und ernster wird die Sache, wenn die AAUE. in ihrer Zeitung die Debatte über Probleme der Revolution Kindern überläßt, und daß in Nr 13 nach den grundsätzlichen Einwänden unsererseits stolz und kühn gedruckt steht:

„Gerade weil es sich in dem angestrebten Kartell um rein proletarische Organisationen handelt, — ohne Hintermänner in Moskau oder Genf, — die alle durch das gleiche Ziel der wirklichen Klassendiktatur verbunden sind und sich auch sämtlich in der antirevisionistischen, antileninistischen Auslegung der marxistischen Methode zusammenfinden, gerade darum kann ihr Zusammenschluß nur zur Klärung der Organisationsfragen, nicht zu ihrer Verwischung dienen."

— so geht daraus klar hervor, daß der Gute keine blasse Ahnung von der praktischen Tätigkeit der von ihm ins Herz geschlossenen Organisationen hat, geschweige eine Zeile aus ihren Zeitungen oder sonstwie gelesen hat. Für ein Kind ist das keine Schande, und wir sind auch weit entfernt, uns darüber zu entrüsten, daß er von unseren Anregungen nichts gelesen, oder nichts begriffen hat. — Aber weil wir annehmen, daß in der AAUE. doch noch ein kleinerer oder größerer Teil ganz vernünftiger Arbeiter sind, und weil ferner die AAU. und AAUE. — hauptsächlich im Reiche — sehr oft gemeinsam kämpfen müssen, wenn auch ohne „Kartell", glauben wir, die Arbeiter der AAUE. sollen dafür sorgen, daß nicht der erste beste unschuldige Hausdampf die AAUE. und damit bis zu einem gewissen Grade auch die revolutionäre Bewegung in der Oeffentlichkeit blamiert. Bei aller Nachsicht, Kindern gegenüber, darf man ihnen nicht überall jeden Willen lassen. Auf politischem Gebiet kommt noch hinzu, daß sie in ihrer götzischen Naivität die ganze Organisation unterblich blamieren und sich selbst noch als Mordshelden vorkommen.

Spandau

Sie greifen an — —.

Am 9. April fand in Spandau eine KP.-Versammlung zum Volksbetrug statt. Die Faustkämpfer hatten diesmal ihre Trommeln und Schalmeien zu Hause gelassen, weswegen auch die „Masse" fehlte. (Oder war das Thema faul?) Desto besser war die Versammlung geheitzt, dem unser Freund Drewnitzky saß auf dem Thron; da war das Folgende eigentlich vorauszusehen. Der Referent zum Volksbetrug quälte einen Parolen-Bandwurm heraus. (Fort mit Regierung Luther — her mit dem Achtstundentag; fort mit Hunger und Elend — her mit dem Reichstag usw. usw.) Die Regie würgte die angekündigte „Freie Aussprache" ab mit dem Stichwort: Fort mit KAPD. und deren Gräppchen — her mit Krückstöcken. Als ein Genosse treffend sagte: „Genau so wie in Rußland", begann man ihn vom Podium zu zerren. Auch an anderen Stellen trat die „Rote Front" in „Aktion". Es gab Stockschläge und die Zusicherung, wir dürften in weiteren Versammlungen keinen Zutritt mehr finden. — Neue Wege zu Kraft und Schönheit. — Genossen der KPD.! Laßt euch weiter so bevormunden und mißbrauchen, unterstützt die offenen Sozialverräter, dann könnt ihr versichert sein: „Die Internationale erkämpft kein Menschenrecht!"

Groß-Berlin

Oeffentliche Versammlung der KAP. und AAU.

Am Donnerstag, den 25. März, fand eine Versammlung der KAP. und AAU. im Moabiter Gesellschaftshaus, Wickelstraße, statt. Gemessen an den Versammlungen der KPD., die dort in letzter Zeit stattfanden, kann der Besuch als gut bezeichnet werden. Der Referent sprach zum Thema: „Volksentscheid, Arbeitslosenelend und die Stellung der Arbeiterorganisationen." In lebhafter fesselnder Weise zeigte er den Proletariern das gigantische Ringen der Kapitalsgruppen der einzelnen Länder um den Absatzmarkt, welches 1914 mit den militärischen Waffen ausgetragen werden sollte und zum vierjährigen Völkermord führte. Er erinnerte an den schmählichen Verrat der Sozialdemokratie, die mit den Gewerkschaften ihre bisherige Klassenkampftheorie über Bord warfen wie ein verlaustes Hemd und wie fast die ganze 2. Internationale unter der Devise: „Das Vaterland ist in Gefahr", offen ins Lager der Imperialisten überging. „Sozialismus, wohin wir blicken", schrieb damals eine dieser Gewerkschaftskanallien. Aber das Gegenteil von dem was der Krieg bezweckte, ist eingetreten. Anstatt, daß der krisenhafte Zustand dieser Profitordnung beseitigt wurde, ward er vertieft. Der Geschützdonner wurde zur Totentanzmusik der Ausbeuterordnung. Als der militärische Zusammenbruch in die Revolution umschlug, da beleuchteten ihre Blitze die Trümmer dieser unterdrückenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die Geschichte diktierte damals schon, obgleich es nur ein kleiner Teil des Proletariats begriff, Kampf um die kommunistische Bedarfswirtschaft oder Untergang in die Barbarei!

Mit Hilfe der Sozialdemokratie — den größten Lumpen, wie sie die Weltgeschichte je zu verzeichnen hatte (wie Genossin Luxemburg sie treffend charakterisierte) — gelang es der Bourgeoisie, kaum nachdem die Revolution den ersten Lauf getan, sie heimtückisch abzuwürgen. Die Nationalversammlung war die Zurückführung der Revolution auf einen rein bürgerlichen Maßstab, der unter der Parole „Arbeit ist Sozialismus" den Proletariern schmackhaft gemacht wurde. Nachdem sich die Bourgeoisie von den ersten Schlägen erholt hatte, ging sie dazu über, ihre Wirtschaft aufzubauen. Unter dem Motto des ADGB.: „Was heute noch für 2 zum Leben reicht, wird morgen für 3 reichen müssen." Der Referent beleuchtete weiter die Auswirkung der Parolen: „Hinein in die Gewerkschaften. Erstellungen der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß" usw. Er zeigte den Proletariern an Hand der „Roten Fahne" den Widerspruch all dieser Forderungen, welche nur den Zweck verfolgen, das Proletariat von seiner geschichtlichen Aufgabe abzulenken und daher als konterrevolutionär erkannt werden müssen. Zum „Volksbegehren" gegen Fürstenabfindung erinnerte er die Arbeiter daran, daß 1923 in Sachsen die damalige sozialdemokratisch-parlamentskommunistische Arbeiterregierung 2 Tage vor ihrer Auseinanderjagung ja selbst den ehemaligen Könige von Sachsen Schlösser und Geldsummen zugesprochen hatte unter ausdrücklich dankbarer Anerkennung der hohen Kulturwerte, die diese Gottesgnadenmänner dem Lande übermittelt haben sollen. Nie und nimmer, solange die Bourgeoisie, in diesem Staate die herrschende Klasse ist, kann es Aufgabe des Proletariats sein, sich als Werkzeug dieser Republik gebrauchen zu lassen. Heute gelte es mehr denn je, Zertrümmerung dieser Orgeschgewerkschaften. Hinein in die Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union in der das Proletariat unterschied von Berufen als Klasse zusammengeschlossen, sich seine kommunistische Bedarfswirtschaft erkämpfen muß unter dem glühenden Fanal: Alle Macht den Räten!

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Sachsen-Mittelddeutschland.

Am 18. April 1926, findet in Leipzig eine kombinierte Bezirkskonferenz der KAP. und AAU. statt. Die prov. Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht des BAA. und der Gruppen.
2. Unsere kommenden Arbeiten.
3. Bezirksleitungsneuwahl.
4. Kasse.
5. VRUK.
6. Referat über die wirtschaftlich-politische Lage.
7. Verschiedenes.

Es ist Pflicht einer jeden Gruppe, mindestens einen Vertreter zu entsenden. Tagungslokal siehe Rundschreiben Nr. 5.

Düsseldorf.

Freitag, den 23. April 1926, abends 8 Uhr,
öffentliche Versammlung
im Lokal Sevens, Oberbilk, Kiefernstraße. Thema: Weltkrise, Weltfeiertag und Arbeiterorganisationen.

Groß-Berlin

Donnerstag, den 22. April 1926, abends 7,30 Uhr. im Saal des Ledigenheims, Pappel-Allee 15
öffentliche Versammlung.
Thema: Wirtschaftskrise, Arbeitslosenelend und die Aufgaben des Proletariats.

Osten.

Mittwoch im Jugendheim Dossestraße 21, abends 7,30 Uhr: Laufender Kursus über Grundsätze des Kommunismus.

7. Bezirk der AAU. (Charlottenburg). Freitag, 16. April 1926, abends 7,30 Uhr, im Lokal Dettmer, Krummestraße 32, **Mitglieder-Versammlung.** Vortrag: Die Suggestion als gesellschaftliche Macht. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Sympathisierende sind einzuladen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Berlin.

Sonnabend, den 17. April 1926, 7,30 Uhr abends, im Lokal Weinhold, Gipsstraße 4.
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Weltpolitische und wirtschaftliche Lage. 2. Unsere zukünftigen Aufgaben. 3. Organisatorisches. 4. Verschiedenes. — Pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Oeffentliche Gruppenabende.

Charlottenburg. Am Donnerstag, den 22. 4., abends 7,30 Uhr im Lokal Galvanistraße 7, Gewerkschaften und AAU.; am 29. 4.: Militärische Formation in der prol. Revolution; am 6. 5.: Grundsätze des Kommunismus.

Nachruf.

Moloch Kapitalismus hat wieder einen revolutionären Kämpfer, den Schwerarbeiter Willi Zimmermann gefressen.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 15. April, pünktlich 6 Uhr abends im Krematorium Baumschulenweg statt. Der Genosse verdient die regste Beteiligung.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isedomat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 30

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 696 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 65)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Institut Soz. Geschichte Amst.

Die Wahrheit über Rußland

Der soziale Abgrund

Die bürgerliche Presse bringt bereits wieder Meldungen im Fettdruck, daß die Arbeitslosenziffern „sinken". Nach den neuesten Meldungen beträgt dieser „Rückgang" 3 Prozent. Diese Meldungen sollen von der furchtbaren Tragödie ablenken, von den Schreckensbildern, die sich selbst bei den „Glücklichen" zeigen, die noch Arbeit haben. In den überfüllten Industrie- und Kohlenrevieren herrschen Zustände, die mit dem Worte Barbarei noch nicht genügend charakterisiert sind. Es ist der brutale und offene Massenmord der Bourgeoisie am Proletariat und seinen Kindern. Hier nur eine Stichprobe des „Pazifismus" und der „Sozialen Fürsorge" der demokratischen Republik, die einer Denkschrift entnommen ist, die Kreisausschuß und Kreisarzt des Kreises Landeshut über die sozialen Zustände des Kreises herausgaben:

Kinder-„Fürsorge".

„2400 Kinder wurden auf Gesundheit und soziale Verhältnisse der Eltern untersucht.

Gegenüber den Durchschnittszahlen für den Kreis Landeshut blieben 40 bis 70 Prozent der Kinder von Textilarbeitern und Bergarbeitern im Gewicht, in der Länge und im Brustumfang zurück.

111 Kinder können wegen Mangel an Kleidung keine Schule besuchen, 350 haben keine warme Unterkleidung, 562 keinen Mantel.

Von 3594 Schülern aus Textilarbeiter- und Bergarbeiterfamilien kommen 200 ohne Frühstück in die Schule, 119 erhalten zu Hause kein regelmäßiges warmes Mittagessen, 142 besitzen nur ein Hemd, 1165 besitzen nur ein Paar Schuhe.

1485 Kinder der Textilarbeiter und Bergarbeiter haben kein eigenes Bett, 99 schlafen zusammen mit dem Vater, 283 mit der Mutter, 1069 mit Geschwistern, 14 mit fremden Personen und 26 Kinder schlafen auf dem Fußboden."

„Wohnungs"-Verhältnisse.

„Von den Wohnungen der Textilarbeiter und Bergarbeiter haben 1804 nur einen Raum ohne Küche oder Kamer, in 258 dieser Wohnungen befinden sich Kranke. In 706 Fällen wird der Raum von mehr als drei Personen, in 608 Fällen von mehr als sechs Personen bewohnt. In 286 Fällen wohnen außer der Familie noch Fremde in dem Raum; in 279 Fällen ist der Raum dunkel; in 236 Fällen feucht."

„Löhne".

„Der Durchschnittsverdienst eines volljährigen Textilarbeiters beträgt wöchentlich (!) 8,84 bis 11,62 Mark, der einer volljährigen Textilarbeiterin 4,60 bis 8,31 Mark. Wochenverdienste von 3 bis 4 Mark sind keine Seltenheit. Eine große Zahl der Belegschaften der Landeshuter Textilindustrie wohnt in den umliegenden Orten. Um Fahrgeld und Stiefelsohlen zu sparen, bleiben diese armen Menschen nachts in den Betrieben."

Diese Zustände sind keine Ausnahmen. Das niederschlesische Steinkohlenrevier umfaßt die Kreise Waldenburg, Landeshut und Neurode, auf diesem Gebiet wohnen 280 000 Menschen und die Zahl der Bergarbeiter beträgt allein 32 000. Porzellan-, Eisen-, Textil-, Glasindustrie, Baugewerbe usw. 18 000. 50 000 Proletarier aller einem kleinen Fleckchen Erde dienen zum Frß des Moloch Kapitalismus.

Man braucht sich jedoch nicht auf Niederschlesien verbeißen. Die demokratische Republik ist reich an diesen Elendsbildern. Eine statistische Erhebung in anderen Industriezentren, vor allen Dingen im Ruhrgebiet, würde dieselben Resultate zeitigen. Der Kapitalismus nährt sich nur noch von Proletarierleichen. Er gibt die junge Generation des Proletariats — kaum geboren — sofort dem Hungertod preis, und zwingt trotzdem die schon in Schmutz und Krankheit verkommenden Proletarierfrauen vermittelst der Gebärparagraphen zu Gebärmaschinen, — von wegen der „Sittlichkeit".

„Tretet vor allem ein für die Erhaltung der demokratischen Republik in unserem Vaterlande", heißt es in dem Malaufruf der Gewerkschaften. „Tretet ein für Volksentscheid und Fürstenenteignung" klingen aus die Flötentöne der reformistischen Trabanten entgegen. Hier liegen solch greifbare „Erfolge" des Reformismus, solch nüchterne Resultate des „Aufbaues", und der Arbeit, die uns retten sollte, daß sich jedes Wort erübrigt. „Tretet ein für die Erhaltung der demokratischen Republik" heißt: tretet ein für die Zustände, unter denen allein diese kapitalistische Republik zu existieren vermag. Tretet ein für die „Nationalisierung". Tretet ein für die ungestörte Aussaugung, Auspressung des Proletariats, damit den herrschenden Klassen der Profit garantiert, den reformistischen Trabanten ihr Dasein gesichert, die Ruhe nicht gestört wird. Tretet ein für den ungehemmten Massenmord an der proletarischen Klasse.

Wo sind irgendwelche Aussichten für eine auch nur vorübergehende Milderung dieser demokratischen Inquisition an der proletarischen Klasse und ihren Kindern? Sie sind nicht da! Die Produktion wird immer mehr dem „Bedarf" angepaßt. Die Zahnräder der kapitalistischen Nationalisierung erfassen die Millionen der Proletarier, stoßen sie in den sozialen Abgrund. Zu den 5 Millionen Erwerbsloser kommen noch die Millionen, die unter demselben Hungerdasein ihre ausgemergelten Leiber verkaufen müssen. Es liegt absolut in der Linie und in der Zielrichtung der kapitalistischen Offensive, die Erwerbslosen in den „Produktionsprozeß einzureihen" zu den Bedingungen, wie sie in obigen Dokumenten einzusehen sind.

Der Marsch mit und unter der Fahne der Geldsackrepublik ist der Marsch in die Barbarei! Die Gesetze dieser Republik sind die Diktaturparagraphen zur Niederhaltung der Lohnsklaven und zur Heiligsprechung des Kapitalprofits. Die Aufgabe des revolutionären Proletariats besteht darin, den Glauben an diese Republik auszurotten, ihren wahren Charakter zu enthüllen, und dem Proletariat zum Bewußtsein zu bringen, daß nur die revolutionäre Erhebung gegen die kapitalistischen Klassen und ihre „Ordnung" das Proletariat davor bewahren kann, vollends in den sozialen Abgrund zu versinken. Dieser Kampf ist notwendig ein Kampf gegen alle „Arbeiterorganisationen", die mit der demokratischen Republik stehen und fallen, die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften und ihre Handlanger, die jeden Gedanken der proletarischen Revolution in demokratischen Illusionen und Volksentscheid-Komödien zu ersäufen suchen, um „Erfolge" buchen zu können.

Der 14. Parteitag der Bolschewiki u. seine Ergebnisse

(Schluß.*)

Wie wir schon in dem ersten Artikel sagten, sind die Waffen, mit denen der Kampf zwischen den führenden Kliquen geführt wurde und die Plattformen, auf welcher jede von ihnen um die Mehrheit kämpften, für die heutige russische Wirklichkeit und die dort stattfindenden ökonomischen und politischen Vorgänge charakteristisch, jedoch nicht für die Beweggründe der Kämpfenden.

Die stärkere Betonung seitens der Parteitagsopposition, der sogenannten „negativen Seiten" und ihre Andeutungen in Bezug auf den kapitalistischen Charakter der russischen Staatsindustrie oder die nichtsozialistischen Beziehungen, sowie die Unmöglichkeit eines festen Aufbaues des Sozialismus in Rußland und auf die Tendenz zum Kapitalismus hatten den Zweck, wie die Sinowjewforderung nach Demokratie die Stimmungen der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse für ihren Kliquenkampf zu gewinnen — natürlich im Rahmen der Dogmen des Leninismus und der Interessen der Parteidiktatur.

Welche sind die Stimmungen und Auffassungen, auf welche Sinowjew und Kamenew spekulierten? Das ist das Verhalten der Arbeiter, sogar der Parteimitglieder aus der Produktion zu den Staatsunternehmungen; sowohl zu staatskapitalistischen und nicht sozialistischen, wie der „Unglaube" an die Möglichkeit einer Entwickung Rußlands zum Kommunismus. Manche Teile der Arbeiterklasse und der bolschewistischen Partei haben die feste Ueberzeugung, daß Rußland sich zum Kapitalismus entwickelt. Charakteristisch dafür ist das Eingeständnis Riassanoffs in der Debatte über die Gewerkschaftsfrage:

„Genossen, trotzdem unsere Unternehmungen von „konsequent-sozialistischem Typ" sind, müssen wir oft — und das müssen wir offen gestehen — für die Arbeiter, die dort arbeiten, schreiben: Das ist Sozialismus und nicht Kapitalismus. Da sie dort die alten kapitalistischen Gepflogenheiten in sozialistischer (?!) Ausstattung treffen". („Prawda" 3. 1. 26.)

Es besteht kein Zweifel, daß die russischen Staatsunternehmungen von „konsequent-sozialistischem" Typ, soviel sozialistisch sind, daß die Arbeiter in ihrer täglichen Erfahrung zur Ueberzeugung kommen, daß das staatskapitalistische Unternehmungen sind; die Streiks sind der allerbeste Ausdruck für ihre Beziehungen zu ihnen. Die Tatsache, daß die Bolschewiki gezwungen sind, mit Zitaten von Lenin der russischen Arbeitern den sozialistischen Charakter der Staatsindustrie zu beweisen, ist die beste Charakteristik dieser Unternehmungen und dafür, was die Arbeiter von ihnen halten. Ein Beitrag dazu ist das folgende Zugeständnis Sinowjews:

„Wir dürfen uns nicht verhehlichen, daß sogar die Arbeiter, die in unserer Großindustrie beschäftigt sind, sich oft noch als Lohnarbeiter und lange noch nicht als sozialistischen Produzenten, die in ihren vergesellschafteten (?!), sozialistischen (?!) Fabriken und Betrieben arbeiten, fühlen." („Leninismus", Seite 333.)

In einer Rede vor den Funktionären einer Moskauer Bezirksorganisation gibt auch Rykow den Unglauben der Arbeiter an irgend einen sozialistischen Aufbau in Rußland zu:

„Zu meinem Bedauern", sagte er, „habe ich in keiner einzigen Arbeiterversammlung das Empfinden gehabt, daß die Arbeiterklasse wirklich fühlt, daß sie den Moment erlebt hat, indem die ersten Grundsteine der neuen, sozialistischen Gesellschaft gesetzt werden." („Vor neuen Aufgaben", S. 42**)

Die bolschewistischen Führer der Mehrheit versuchen diese Stimmungen und Einstellungen der neuen Arbeiterkaders aus dem Dorfe zuzuschieben.

„Der Halbbauer, der Halbarbeiter", sagt Bucharin* kommt in unsere Fabrik und will sofort seine soziale Stellung in ihr feststellen: Wird er ausgebeutet oder nicht? Wohin führt unsere Industrieorganisation? Worin unterscheidet sich unsere Fabrik von der alten? Er stellt diese Fragen kramphaft." („Prawda" 23. 12. 25.)

Vor der Moskauer Gouvernement-Konferenz erklärt er dasselbe:

„Die alten Schichten des Proletariats wissen, daß wir den Sozialismus aufbauen, die alten Schichten des Proletariats — ich bin fest davon überzeugt — daß sie keinesfalls den Skeptizismus mancher Genossen teilen, die annehmen, daß man in einem Lande den Sozialismus nicht aufbauen kann . . . Die neuen Schichten aber empfinden das nicht . . ." („Prawda" 10. 12. 25.)

In einer anderen Rede nach dem Parteitag jedoch gibt Bucharin zu, daß „nicht nur sie (die neuen Arbeiterschichten und B.) diese Frage: Was ist die Nep, gehen wir nicht sonstwohin, aber wohin zum Sozialismus? stellen". („Prawda" 12. 1. 26.)

Der Versuch der bolschewistischen Führer, die Sache so hinzustellen, daß von den Arbeitslosen und der analphabetischen Dorfarmut (für die die Einstellung in die Fabriken dem Paradies gleichkommt) die Frage nach dem Charakter der Staatsunternehmungen und die Zweifel an den Tendenzen der russischen Entwicklung ausgehen, ist dumm und lächerlich. Die Träger dieser Fragen und Zweifel ist der alte Arbeiterkader mit entwickelterem Klassenbewußtsein und die revolutionären Elemente der bolschewistischen Partei und des Jugendverbandes. Das wird aus dem Referat Bucharins über die Arbeit im Jugendverband ersichtlich:

„Man muß aber besondere Aufmerksamkeit allen diesen Verfalls- und Zerfallstendenzen (im Jugendverband und Partei) widmen, wenn sie ausgeprägt politischen Charakter annehmen; z. B. verschiedene kleine Gröppchen.

*) Siehe „KAZ." Nr. 11, 12, 22, 25. Die Arbeit ist die eines ausländischen Genossen, daher die Verzögerung. Die Gründlichkeit der Arbeit selbst dürfte jedoch eine zeitnahende Entschädigung sein. Die Red.

**) Dieser Absatz wird auch von Sinowjew in seinem Korreferat zitiert. Er ist aber verzeihlich in dem ausführlichen Bericht der „Iswestjar" zu suchen.

Zirkel und Zwei- und Dreimännerzgruppen mit anarchistischen Einstellungen (?) und Plattformen. Ich kann auch eine ganze Reihe von Briefen verlesen, die unsere Parteiinstanzen und ich auch bekomme. Es gibt charakteristische Briefe, wo z. B. folgendes gesagt wird: „Bei uns ist alles wie früher. Die Partei ist unbrauchbar; wir müssen den Weg Liebknechts folgen, der gegen die Sozialdemokratie auftrat. Man spricht, daß die Partei nicht zenkgt, daß sie opportunistisch und entartet ist, daß es notwendig ist, aus den Reihen des Jugendverbandes auszugreifen." In demselben Referat spricht Bucharin von einer ganzen Reihe „antibolschewistischer Stimmungen" im Jugendverband: „Es ist Tatsache, daß die antibolschewistischen Stimmungen sich in erster Reihe auf der Linie der Fragen, Zweifel und Kritiken über das Wesen unserer Staatsindustrie bewegen. Vor kurzem stand in „Komsomolskaja Prawda" die Tatsache, daß eine Gruppe von Mitgliedern des Jugendverbandes einen roten Direktor erklärt hat: Da hat Amsbesser, bei uns bleibt alles wie früher, usw. Das wird noch weiter geschehen, wenn wir diesen Prozeß nicht mit unserer Erziehungs(?)arbeit charakterisieren." („Prawda" 3. 1. 26.)

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Brief (es scheint in Wirklichkeit eine Plattform zu sein) eines jungen Arbeiter, der mit „Was ist zu tun?" betitelt ist, und an welchem Bucharin in seiner Rede vor der Leningrader Gouvernementskonferenz Folgendes zitiert:

„Die Bolschewiki haben auf die Durchführung ihrer Klassenlinie verzichtet. Die Epoche des „Kriegskommunismus" war doch die Epoche der proletarischen Diktatur, und auf dem 10. Parteitag wurde die Diktatur des Proletariats durch die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und Bauerntums ersetzt. Dieser Wechsel wurde endgültig auf der 14. Parteikonferenz vollzogen, und jetzt ist nur noch der Name übrig. Die Bolschewiki beziehen immer noch den heutigen Zustand als Diktatur des Proletariats, manche von ihnen schlagen aber schon vor, nicht offen die Führerrolle des Proletariats zu betonen. Das gefällt den Bauern nicht besonders. Meiner Meinung nach konnten die Bolschewiki nicht die Diktatur des Proletariats mit der Einführung der Neu, was auf dem 10. Parteitag geschah, erhalten, sondern mit der Erklärung eines revolutionären Krieges gegen den internationalen Imperialismus. (Selbstverständlich konnten wir auch eine Niederlage erleiden, ohne Risiko aber kann man nicht zum Kommunismus kommen. — „biegen oder brechen".) Bei der Lösung der Frage des Brest-Litowsker Friedensabschlusses hat man viel über den revolutionären Krieg geredet und Lenin kämpfend um den Abschluß sprach: „Für uns ist es notwendig, die Bourgeoisie zu ersticken, dafür ist es notwendig, beide Hände frei zu haben; deshalb wir das tun, machen wir unsere Hände frei und dann können wir einen revolutionären Krieg gegen den Weltimperialismus führen." Um 1921 herum war die Bourgeoisie erstickt: „Die Bolschewiki, die den revolutionären Krieg verneinen hatten, erklärten sich den friedlichen Aufbau hin und denken naiv, daß dieser friedliche Aufbau mit täglichen Konzessionen an die Neu-Leute, die reichen Bauern (Kulaki), die Privatinitiative, zum Sozialismus führen wird. Nieder mit dem friedlichen Aufbau — es lebe der revolutionäre Krieg! Es lebe die Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab, es lebe der Kommunismus!" („Krasnaja Gazeta" 12. 2. 26.)

Jeder bewußte Arbeiter wird mit uns einverstanden sein, daß das keine Gedanken eines Halbbauern sind, der zum ersten Male in die Fabrik kommt. Träger solcher Ansichten sind sogar alte Parteifunktionäre, die von den Arbeitern der Putilow-Werke usw. unterstützt werden. Ihr unterlassen die Zweifel des bolschewistischen Gewerkschaftlers Gleboman Avilow in Bezug auf die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung Rußlands, um die Ansichten des Sekretärs der Leningrader Organisation, Salutzki, zu zitieren, der wegen seiner Beschuldigung des ZK., als Vorbereiter eines russischen Thermidor, seines Postens enthoben wurde. In einer Unterhaltung mit seinem Jugendfreund Leonow, der diese Unterhaltung in einem Brief an das ZK. denunzierte, sagte Salutzki:

„Ein geschichtliches Beispiel muß im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen. Das ist der Entwicklungsweg der französischen Revolution zum Thermidor. Man muß nicht vergessen daß die „Besetzung" der Hebertisten der Anfang des Weges zum Thermidor war. Drei soziale Kräfte beschäftigen sich in diesem Moment mit dem Studium dieser Periode: Smenewech-Leute und die Miljukow-Bourgeoisie, die Sozial-Revolutionäre und die Menschewiki. Die ersten Beiden gehen in ihrer Politik davon aus, daß die russische Revolution schon auf dem Wege dieser Entwicklung ist, und selbstverständlich helfen sie dabei mit. Das Proletariat als Ganzes steht noch nicht diese Gefahr. Um so gefährlicher ist die Politik unserer „Führer" . . . sie haben einen kleinbürgerlichen Staat, das was Lenin „Königreich der verbrecherischen Bornierthei" nannte, und sie nennen das Aufbau des Sozialismus. Die klugen Smenawech-Leute, wie Ustrjalow, schätzen besser als unsere „Führer" und „Theoretiker" die Situation ein. Sie sehen die Schwäche unserer Instanzen und helfen ihnen, indem sie einen Druck auf den Staatsapparat und manche Schichten der Partei ausüben und die Revolution zum Thermidor treiben. In Moskau ist eine unzeheure Schicht von Staatsbeamten und eine große Masse neuer und alter Bourgeoisie. Alles das drückt auf unsere Partei und bildet ihre öffentliche Meinung. Nicht wir führen, sondern sie bestimmen, zusammen mit der Bourgeoisie unser Bewußtsein und dienen als Uebermittler der Ustrjalowschen Ideologie und Politik in der Partei. In dieser Situation ist das ZK. nicht im Stande, den Staatsapparat zu leiten, das ZK. ist in der Gefangenschaft des Staatsapparates und er drückt auf dieses und diktiert ihm seine Politik". Auf die Frage Leonows: „Sehen aber die Führer der Partei nicht diese Gefahren?" antwortet Salutzki: „Das ist es ja: daß sie nichts sehen. Und wer von ihnen kann denn sehen?" („Sozialistischeskij Westnik" Nr. 4, 1926*.)

Die Zweifel und die antibolschewistischen Ansichten der Arbeiter und Mitglieder der bolschewistischen Partei und des Jugendverbandes spiegeln sich in den Debatten auf dem 14. Parteitag der bolschewistischen Partei, wie in einem Hohlspiegel. Diese „antibolschewistischen Tendenzen" stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tatsache, daß der 14. Parteitag am Vorabend des fünften Geburtstages der Nep stattfand. Sie sind legitimes Kind der fünfjährigen Nep-Entwicklung.

*) Der Brief ist auf dem Parteitag vorgelesen, jedoch nicht in der bolschewistischen Presse veröffentlicht worden. Nach dem Bericht des Genossen Dmitriewski, hauptsächlich Woroschilow zu artikeln, bestehe kein Zweifel an der Richtigkeit des Briefes, wie ja auch das menschewistische Organ Lenins Vermächtnis und andere Dokumente aus der Diskussion mit Trotzky veröffentlicht worden sind. Die Richtigkeit nachträglich von den Bolschewiki bestätigt werden mußte.

Achtung! Betrifft Mahnummer! Achtung!

Die Mahnnummer erscheint in besonderer Ausstattung und erhöhter Auflage. Die Bezirke werden mit doppelter Auflage beliefert. Wir bitten sofort um Mitteilung darüber, wo das Quantum noch darüber hinaus erhöht werden kann. Genossen! macht sofort Mitteilung!

Parallel mit dem Machtkampf zwischen den beiden Cliquen des bolschewistischen ZK. und der beiderseitigen einfachen Sanktionierung (ohne Debatten) der Erweiterung der Nep, beschlossen von der XIV. Parteikonferenz, waren die „Beschlüsse" in Bezug auf den Charakter der Staatsunternehmungen und die Möglichkeit der Entwicklung des Sozialismus die Hauptergebnisse des XIV. Parteitages*). Die Bolschewiki als regierende Partei konnten nicht anders, als die Staatsindustrie als „konsequent sozialistischen Typ" erklären, und von Rußland behaupten, daß es „alles, was notwendig für den Aufbau einer vollkommenen sozialistischen Gesellschaft ist", festigt.

„Wenn die Arbeiterklasse" — sagt Bucharin — „sich zu ihrer Industrie als zum Staatskapitalismus verhält: wenn die Arbeiterklasse sich zu den Betriebsleitungen ausschließlich und nur als feindlicher Macht verhält: wenn die Arbeiterklasse sich zu dem industriellen Aufbau als zu etwas Fremdem verhält und sich als Ausgebeutete fühlt, was würde davon die Folge sein? — Sind wir denn dann in der Lage, z. B. eine Kampagne für Erhöhung der Arbeitsleistung durchzuführen?" („Prawda" 10. 12. 25.)

Die Bezeichnung der Staatsunternehmungen als „konsequent sozialistischer Typ" ist nicht nur eine Notwendigkeit der praktischen Politik der Bolschewiki, sondern ein Hauptelement der theoretischen Rechtfertigung ihrer Parteidiktatur im Bewußtsein eines Teils der russischen Arbeiterklasse.

„Wenn wir daran zweifeln", — sagt Bucharin weiter — „daß unsere Staatsindustrie ein sozialistisches Element ist, so haben wir keinen Vormarsch — wer macht denn dann den Vormarsch? Wenn die Staatsindustrie nicht sozialistisch ist, so gibt es dann keine sozialistischen Elemente, dann entsteht ein Loch und dann, ganz natürlich, bedeutet das keinen Erfolg unserer Staatsindustrie für einen sozialistischen Aufbau." („Prawda" 10. 12. 25.)

Für die Logik der bolschewistischen, formalen Denkweise ist also die Existenz von „sozialistischen Elementen", d. h. die Bezeichnung der Staatsindustrie als „konsequent sozialistischer Typ", eine Notwendigkeit, da ohne dem eine Perspektive des Sieges „der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen" undenkbar ist. In der Linie dieser Logik liegt die Annahme der Möglichkeit eines endgültigen Aufbaues des Sozialismus in Rußland.

„Ohne eine solche Möglichkeit" — schreibt Stalin — „ist der Aufbau des Sozialismus ein Aufbau ohne Perspektiven, ein Aufbau ohne die Gewißheit, den Sozialismus aufbauen zu können. Man kann nicht den Sozialismus aufbauen ohne die Ueberzeugung daß man ihn aufbauen kann, ohne die Ueberzeugung, daß die technische Rückständigkeit unseres Landes nicht ein unüberwindbares Hindernis für den Aufbau u. a. der vollständigen sozialistischen Gesellschaft ist. Die Verneinung einer solchen Möglichkeit ist Unglaube an dem Aufbau des Sozialismus, ein Verlassen des Leninismus . . . Das bedeutet, hoffnungslos in Widersprüchen stecken zu bleiben und unsere eigene Niederlage unterschreiben"). (Stalin: „Zur Frage des Leninismus.")

Die Logik der bolschewistischen, formalen Denkweise und die Logik der Dinge sind zwei verschiedene Dinge — und die entscheidende ist die letztere. Das kann jedoch nichts daran ändern, daß im Vergleich mit der widerspruchsvollen Plattform der Parteitagsopposition (wenn man sagen will, daß sie überhaupt eine Plattform hatte) die Auffassung der Mehrheit für die in der Schablone der Parteilogik denkenden, logischer und richtiger erscheint. Nicht nur die formale Logik, sondern auch die Stimmen der Mehrheit der bolschewistischen Parteimitglieder und die öffentliche Meinung, die sich unter dem Druck der Bauern, der neuen Bourgeoisie und der ökonomischen Notwendigkeit bildet, stand auf Seiten der Mehrheit. Und das sicherte ihren Sieg.

„In der Volksmasse" — schreibt Sinowjew — „entsteht ein ganz verständliches und gerechtfertigtes Streben aufzuatmen, friedlich sein Land zu bearbeiten, neue Kräfte zu sammeln, von den militärischen Wirren, anstrengenden Kämpfen, internationalen Konflikten nun aufzuatmen." („Leninismus" S. 341.)

In seinem Referat über die Arbeit im Jugendverband stellt Bucharin dieselbe Erscheinung fest und sagt:

„Wenn in den Zellen Vorträge über die internationale Lage gehalten werden, schlafen die Leute. Die Unterhaltungen über höhere Materien, die nicht mit dem Leben verbunden sind ziehen auch nicht mehr. Die Trommelphrasen, die rein agitatorischen, erfassen in dieser gegenwärtigen Epoche nicht die Herzen. Es ist äußerst gefährlich zu denken, daß wir mit einfachem Geschrei die Jugend erobern können: Das hat nicht die wirtsigte Wirkung. Ihr könnt schreien soviel ihr wollt, sie werden nach Hause gehen." („Prawda" 3. 1. 26.)

Die konsequent nationale Einstellung und der damit verbundene Verzicht auf die Weltrevolution und die Verbrämung dieser Tatsache mit bolschewistischen Phrasen ist die allgemeine Charakteristik der Ergebnisse des XIV. Parteitages der Bolschewiki. Die Ekki-Sitzung, die dem Parteitag folgte, hatte nur die Aufgabe, diese Tatsache ohne Debatte zur Kenntnis zu nehmen.

*) Sinowjew erklärt: „Mit den Beschlüssen der XIV. Konferenz waren und bleiben wir vollkommen einverstanden. („Prawda" 29.12. 25.)

*) Die Frage der Möglichkeit des endgültigen Aufbaues des Sozialismus in Rußland wurde auf der XIV. Konferenz gestellt, nachdem das erweiterte Ekki (1925) die These der Stabilisierung des internationalen Kapitalismus aufgestellt hatte. Das bedeutete eine Bresche in die bis zu diesem Datum geltende Ideologie der Bolschewiki. Bis dahin, abgesehen von einzelnen zufälligen Aeußerungen standen die Bolschewiki auf dem Standpunkt, daß nur die europäische Revolution ihre ökonomischen Widersprüche lösen kann. Nach der Aufstellung der These der Stabilisierung fiel aber die Weltrevolution als Element ihres ideologischen Systems weg. Deshalb wurde die „Feststellung" der Möglichkeit eines endgültigen Aufbaues in Rußland ohne die europäische Revolution notwendig. Charakteristisch dafür ist, daß diese Revision in der Resolution über die erweiterte Ekki geschah. („Imprekor", Nr. 20, 1925.)

Politische Rundschau

Spaltung der sächsischen SPD.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion auseinandergefallen.

Was nach den jüngsten Vorgängen im Lager der sächsischen SPD. allgemein erwartet werden mußte, ist eingetreten. Die wiederholten Bemühungen des Reichsparteivorstandes um die Heilung der Sachsenkrankheit sind völlig erfolglos geblieben, denn der schleichende Konflikt in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist jetzt zum offenen Bruch zwischen den feindlichen Brüdern geworden. Die Sitzung des sächsischen Landtages vom 15. April 1926 gestaltete sich insofern zu einem bedeutsamen politischen Ereignis, als nun auch die organisatorischen Fäden zwischen den beiden Fraktionsgliedern durchschnitten wurden. Gleich zu Beginn der Sitzung gab der Landtagspräsident einen Brief der Fraktionsminderheit bekannt, worin mitgeteilt wird, daß die 23 rechtssozialistischen Landtagsabgeordneten einschließlich der sächsischen SPD.-Minister aus der Partei ausgeschlossen seien und daher nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratie gelten könnten. Das Schreiben der „Linken" hat folgenden Wortlaut:

„In Vertretung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben die Bezirksvorstände Sachsens in ihrer Sitzung vom 31. März 1926 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bezirksvorstände stellen fest, daß die Landtagsabgeordneten der SPD., die am 25. März 1926 nicht für die Landtagsauflösung gestimmt haben, nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gelten. Dasselbe trifft für die Minister zu. Die Vertretung der Sozialdemokratie im Landtag geht damit auf die Abgeordneten über, die auf dem Boden der Parteibeschlüsse stehen."

Indem ich Sie, Herr Präsident, von vorstehendem Beschluß in Kenntnis setze, teile ich Ihnen gleichzeitig mit, daß die Fraktionsvertreter der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und damit die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Landtag nunmehr folgende 18 Abgeordneten sind:

Arzt, Dennhardt, Edel, Fellisch, Graupe, Kautsch, Kramer, Liebmann, Menke, Mucker, Nebrig, Sachs, Frau Schilling, Frau Schlag, Schwarz, Tempel, Frau Thümmel und Wendel.

Wir ersuchen Sie nunmehr, Herr Präsident, für die genannten Abgeordneten ein Sitzungszimmer zur Verfügung zu stellen, sowie die Sitzordnung im Saale des Plenums und die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend zu regeln."

Wie der Landtagspräsident versicherte, soll die verlangte Neuregelung der Sitzordnung umgehend erfolgen, so daß damit auch rein äußerlich die Spaltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Sachsens zum Ausdruck gebracht wird.

Die Fraktionsmehrheit beantwortete ihren Ausschluß und den obigen Brief der 18 mit einer geharnischten umfangreichen Erklärung, in der es heißt:

„Die Führung der sächsischen Sozialdemokratie, ihre politische Einstellung und organisatorischen Maßnahmen der letzten Jahre legen jedem Sozialdemokraten, der in der Partei etwas anderes als eine Befriedigung persönlicher egoistischer Bestrebungen erblickt, immer zwingender die Frage auf, ob das Interesse der von der Sozialdemokratie Sachsens vertretenen Schichten bei dieser Führung und politischen Einstellung noch gewahrt wird. Die Unterzeichner dieser Erklärung sowie die hinter ihnen stehenden Kreise müssen diese Frage nach reiflichster Prüfung entschieden verneinen. Während vor dem Kriege es in der Sozialdemokratie als ein unumstößlicher Grundsatz galt, daß nur gereifte, in jahrzehntelanger Parteiarbeit erprobte und mit dem Geiste der Parteidisziplin gesteht konnten, befindet sich heute die sächsische Parteiführung in einer überwiegenden Mehrheit in den Händen von Personen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie im allgemeinen und in der Republik im besonderen nie begreifend, die Voraussetzung für jede Politik, die ökonomischen Verhältnisse, außer acht lassend dagegen einzig und allein von einem Machtwillen beherrscht und geleitet, der zu den realen Faktoren des Landes in keinem Verhältnis steht, hat die gegenwärtige sächsische Parteileitung auf politischem Gebiete Torheiten an Torheiten gereiht und immer wieder den Gegnern der Sozialdemokratie und der Republik gedient."

Sodann geht die Erklärung eingehend auf die Entwicklung des Parteikonfliktes in Sachsen und und berührt die Geschichte der sächsischen Koalition, die Ende Dezember 1923 gegründet wurde. Außerdem werden noch die Erfolge aufgezeichnet, die die ruhige politische Arbeit der letzten Jahre erreicht hat, und aus diesem der Erklärung heißt es unzweideutig:

„Eine Partei von der Struktur der deutschen Sozialdemokratie, die sich von jeher zur republikanischen Staatsform bekannt hat, kann sich in der Republik auf die Dauer der staatlichen Macht und Verantwortung an der Regierung nicht entziehen. Wenn angesichts dieser Tatsache die Partei dennoch ohne zwingende Gründe in Opposition tritt, muß diese Opposition unfruchtbar sein und sich zum Schaden des Volkes auswirken. Aus allen diesen Gründen erklären wir, daß wir die Politik der gegenwärtigen sozialdemokratischen Parteileitung Sachsens ablehnen und daß wir als alte Sozialdemokratische Partei den im letzten Jahr erprobten und zum Vorteil des Volkes sich auswirkenden Kurs positiver staatlicher Mitarbeit weiterstreiben werden. Wir sind überzeugt, daß die breiten Massen der sozialdemokratischen Anhängerschaft diesem uns aufgezwungenen Schritt billigen und nachdrücklichst unterstützen werden."

Die Feststellungen der Fraktionsmehrheit zeigen, daß sie in der Sache durchaus recht haben mit ihrer Auffassung vom Wesen der sozialdemokratischen Politik und auch konsequent den dadurch bedingten Weg der positiven Unterstützung des demokratischen kapitalistischen Staates verfolgen. Die politische Stellung der sächsischen „linken" SPD. hingegen ist alles andere denn eindeutig und klar. Sie sieht wohl die stinkenden Blasen, die auf dem Pfuhl der Koalitionspolitik treiben, aber sie hat weder die Kraft noch den Willen, den parlamentarischen Sumpf, dem dieser politische Pestgestank entsteigt, trocken zu legen. Die „Linken" sind eben auch Fleisch vom Fleische der so begeiferten „Rechten", d. h. Sozialdemokraten, wenn ihre Politik nur darauf hinausläuft, die Proletarier mit einem radikalen Phrasengeheul vor den Wagen der Ausbeuterdemokratie zu spannen.

Welche Folgen der organisatorische Bruch in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion haben wird, dürfte sich schon nach kurzer Zeit zeigen. Nach Lage der Dinge ist zweifellos damit zu rechnen, daß Abspaltungen von der sächsischen Sozialdemokratie nicht mehr zu vermeiden sind.

Es ist selbstverständlich, daß nun besonders die KPD. alles versuchen wird, um im Trüben zu fischen, d. h. um rebellierende sächsische SPD.-Mitglieder für ihren radikal-sozialdemokratischen Ekkikurs einzufangen. Jedoch muß die „Rote Fahne" mit Bedauern feststellen, daß die deutschen Leninisten „in dieser zentralen Aufgabe noch getrennt sind durch die altradikalen Strömungen innerhalb der eigenen Partei." Das heißt mit anderen Worten: die KPD. kann die Krise in der SPD. politisch einfach nicht ausnützen, weil sie selbst im eigenen Leibe den Keim der Zersetzung hat. Um so mehr sollte man annehmen dürfen, daß vor allem die altradikalen KPD.-Proletarier an dem Krach in der sächsischen SPD. endlich erkennen, zu welcher politischen Zerrissenheit und somit Aktionsunfähigkeit eine Arbeiterpartei durch den Existenzkampf parlamentarischer Führerkliquen verurteilt werden kann.

Die Maibotschaft der Syndikalisten

Der Pressedienst der Syndikalisten versorgt die der IAA. (Internationale Arbeiter-Assoziation) mit einem unzweifelhaft syndikalistischen Maiaufruf. Hier die Hauptperle:

„Um die internationale Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und um die Lage der Arbeiterschaft zu heben, muß die Forderung des Sechsstundentages erhoben werden. Das Sekretariat der IAA. ruft das Proletariat aller Länder auf, am 1. Mai 1926 die Arbeit niederzulegen und für die Eroberung des Sechsstundentages zu demonstrieren."

Die Leute machen sich die Sache wenigstens nicht schwer. Je schärfer die kapitalistische Krise und Arbeitslosigkeit, je kürzer muß die Arbeitszeit sein, um die man demonstriert. Wahrscheinlich werden sie in einigen Jahren mit der Parole kommen: Dreistundentag.

Das revolutionäre Proletariat hat den Leuten zu sagen, daß es vom Ochsen keine Milch, vom Kapitalismus keinen Sechstundentag, und von den Syndikalisten keine brauchbare Parolen erwartet. Das revolutionäre Proletariat weiß, daß es um seine Lage zu bessern, den Sturz des Kapitalismus auf die Tagesordnung setzen, den ersten Mal dazu benützen muß, um den Arbeitern die Revolution als den einzigen Ausweg aufzuzeigen. Es gibt den radikal-reformistischen Syndikalisten den Rat, solche Briefe an ihre Tanten zu schreiben, weil sie wohl zu einem gemütlichen Kaffeeklatsch passen, aber nicht die leiseste Spur in die Einsicht des Kapitalismus und seines Wesens verraten.

Wirtschaft

Der deutsche Montantrust

II.

Ein Weg zum Sozialismus oder zum Elend?

Mit der Gründung der „Vereinigten Stahlwerke A.-G." ist die deutsche Industrie bis auf Teile der Fertigindustrie fast vollständig vertrustet. Von der Kohle — soweit sie der Verhüttung und dem Eigenbedarf dient — und von der Eisen- und Halbzeugproduktion besitzt der Trust — ohne seinen Auslandbesitz — reichlich die Hälfte. Neben ihm steht der Chemie- und Farbentrust (J. G. Farbenindustrie), die vertrustete Elektroindustrie und die ebenfalls eng zusammengeschlossene oberschlesische Montanindustrie.

Der Trust hat ein Netzt vorzüglich funktionierender Absatzorganisationen in der Hand, das beginnt mit der Gründung der Rohstahlgemeinschaft am 1. November 1924. Gelegentlich ihres Zustandekommens haben wir schon darauf hingewiesen, daß dieser Vertrag eine weitgehende Beschränkung der Verfügungsgewalt der Werksleitungen über die Produktionsrichtung bedeutet. — Die Rohstahlgemeinschaft beschränkte sich indes darauf, entsprechend der Absatzmöglichkeit die Produktion einzuschränken und auf die einzelne Werke zu verteilen. Die Rohstoffbeschaffung, Verwaltung und innere Organisation blieb bisher den Werken vorbehalten. Für den Absatz der Produkte, deren bisher jedes Werk alle oder viele herstellte, sind Unterverbände gegründet resp. vorgesehen. Z. B.: Stahlwerksverband, Stabeisenverband, Bandeisenverband, Grobbleichverband, Feinblechverband, Röhrensyndikat, Eisenbahnbedarfsgesellschaft, Fittingsverband, Walzdrahtverband, Drahtverband u. a. Weiter ist der Stahlverband für alle ist die Rohstahlgemeinschaft. Die Glieder des Rahmenverbandes sind nicht Händlerorganisationen, sondern die Unterverbände waren gebildet von den Produzenten, die sich jetzt zum Trust zusammenschlossen. Diese Unterverbände sind also dem neuen Gebilde bloße Abteilungen der einzigen Absatzorganisation. Die Großhändler, die zu besonderen Händlerorganisationen zusammengeschlossen sind, sind dem Preisdiktat der Vereinigten Stahlwerke A.-G. unterworfen und von ihr auf Gedeih und Verderb abhängig. Die Großhändlervereinigungen wieder diktieren Preise etc. ganz zwangsläufig den Kleinhandlern. Diesen bleibt es vorbehalten, die Konsumenten zu schropfen, soweit es die Konkurrenz gestattet. Eine Konkurrenz in der Produktion gibt es nicht mehr. Die Produktion wird dem Bedarf angepaßt durch Stillegungen. Leidtragende sind die Proletarier.

Die Gründung des deutschen Montantrust offenbart wieder drastisch den gewaltigen Kult von Widersprüchen, der in dem kapitalistischen Produktionssystem klafft, der auch jeder Entwicklung der Produktionsordnung, der Zivilisation und Kultur den Riegel vorschiebt. Die gut prosperierende Elektroindustrie, obwohl sie Montanindustrie ist, hütte, hätte sie sich vertrustet, obwohl sie Montanindustrie ist, hat sich vom Montantrust nicht angeschlossen. Da sie selbst sehr gut vertrustet ist, wäre ihre Eingliederung nur eine einfache organisatorische Maßnahme gewesen. Die Profitinteressen der Besitzer und Aktionäre, die gute Dividenden nach Hause heimsen, verbieten es ihnen, ihr Schicksal mit dem der Montanindustrie für die übrige Fabrikation zu verketten. Ebenso steht die gesamte Chemie- und Anilinfarbenindustrie in einem besonderen Trust beseite. Diese Industrie, die best florierende Deutschlands, steht aus denselben Profitinteressen abseits.

Der Trust ist ein produktionstechnischer Fortschritt gegenüber den Einzelunternehmen, weil letztere alles was sie brauchten, von anderen Unternehmen kaufen mußten. Das organisierte Unternehmen spart Verwaltungskosten, Umsatzsteuern, verhindert unnötiges Hin- und Hertransportieren von Rohstoffen u. a. und spart dadurch Arbeitskräfte, Löhne und Unkosten und produziert billiger. Die einfache, buchmäßige Zusammenfassung der Roh- und Halbzeugwerke (die allerdings z. T. auch tief bis in die Fertigindustrie hineinreicht), ist erst der Anfang der Rationalisierung. Sie soll dem Zwecke dienen, durch Spezialisierung der Produktion, durch Stillegung unrentabler Werke, durch Ersparung von Arbeitskräften und Löhnen und Steigerung der Produktion, die Profite zu erhöhen. Diese Profite erst sollen verwendet werden für die eigentliche Rationalisierung, d. h. für Technisierung und Mechanisierung der Betriebe, für die Normalisierung und Typisierung der Produktion und für die Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung durch Serienherstellung.

Durch dieses harte Mus im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Forderung nach höheren Löhnen und billigen Warenpreisen sofort als Phrase entlarvt. Das Gegenteil muß eintreten. Die Löhne müssen gedrückt werden um Profitüberschüsse zu erzielen zur Verwirklichung all dieser Pläne. Die vertrustete Industrie kann sich das erlauben, weil ihr genügend Lohndrücker zur Verfügung stehen und weil die fortschreitende Rationalisierung das Arbeitslosenreservoiler laufend vergrößert. Die Preise werden nicht herabgesetzt werden, weil eine Überproduktion vermieden wird und niedrige Warenpreise die Kapitalanhäufung und somit den ganzen Plan über den Haufen werfen würden. Im Gegenteil: die Inlandswarenpreise werden hoch bleiben, werden nach Möglichkeit noch erhöht werden, damit aus dem Erlös aus der Inlandskonsumtion Ueberschüsse erzielt werden für die Finanzierung des Exportes. Denn die amerikanische Industrie ist der deutschen weit voraus und kann durch diese nie eingeholt werden. Ganz abgesehen davon, daß auch der deutsche Montantrust seit der amerikanischen Konkurrenz tief in Schulden steckt und von dieser beliebig gedrosselt werden kann. Die Kosten der Rationalisierung hat ausschließlich das Proletariat zu tragen. Weitere Verelendung, härtere Bedrückung, vermehrte Arbeitslosigkeit sind die notwendigen Folgen der Vertrustung.

Die „Vereinigten Stahlwerke A.-G." hat sich nicht den weiten Rahmen gesteckt, wie etwa seinerzeit der Stinnes-Konzern. Ein Stinneskonzern war absolut vertikal aufgebaut: Kohle, Eisen, Halbzeug, Waggon- und Maschinenfabrikation, Elektroindustrie; daneben Baustoffe, Ziegeleien, Hölzer; darauf wieder Bauteindustrie, eigene Gelände, Zellulose- und Papierindustrie- und Verarbeitung; daneben wieder Textilverbauen und verarbeitung; für das Ganze wieder ein Transportapparat einschließlich Schiffahrtslinien und eine komplette Verkaufsorganisation. Die Vollendung der Stinnesorganisation hätte die Vertrustung der gesamten deutschen Wirtschaft bedeutet. Das war auch der Grund, weshalb Stinnes von den sozialdemokratischen Größen und den Gewerkschaftskönigen als unfehlbarer Gott des demokratischen Weltalls bedingungslos angebetet wurde. Für sie bedeutete das den Sozialismus. Denn schließlich ist es wirklich einerlei ob der Besitzer der gesamten Wirtschaft der Staat ist wie sich die Bolschewiki den Kommunismus vorstellen, oder ob es ein weitsichtiger großzügiger Privatmann ist. In jedem Falle ist die Möglichkeit für gute Pfründen für Parlamentarier und Gewerkschaftsbeamte als Sklaventreiber und Propagandisten einer solchen Demokratie. Deshalb die Lästerung und Verspottung des Stinnes, als er zusammenbrach, als sich alle diese Illusionen in blauen Dunst auflösten. Deshalb wurde über Nacht aus dem Gott ein Stümper. Die „Vereinigten Stahlwerke A.-G." ist nur unter der horizontalen Organisation vertikal. Es sind nur über den Zechen Hütten aufgebaut, darüber Halbzeugindustrie, die verhältnismäßig nur wenig in die Fertigindustrie reicht, soweit diese von den rohstoffbesitzender Gründern eingebracht ist. Transportapparat und Verkaufsorganisation dienen ebenfalls nur der Rohstoff- und Halbzeugrundlage. Dafür ist der deutsche Montantrust auf seiner Grundlage als Rohstoffproduzent viel breiter angelegt und machtvollkommener.

Eine kommunistische Produktionsordnung, wenigstens während der Herrschaft der Arbeiterklasse (vor der vollkommenen Umgestaltung der Gesellschaft) würde auf einer vollkommenen Vertrustung der Rohstoffe und der Rohstoff- und Schwerindustrie nach dem System des Montantrustes etwa die Organisation aufbauen, wie sie sich Stinnes, resp. sein Sozialdemokrat Parvust dachten. Als ganz logische Fortsetzung der Halbzeugindustrie würden die Waggon-, Maschinen, Elektroindustrie, überhaupt die Fertigindustrie, die Rohstoffe weiterverarbeiten. Das Verteilungsstellennetz würde die Produkte aufnehmen und sie den Verbrauchern zuführen, soweit sie im Inlande bleiben. Der Unterschied zwischen dem „Kommunismus" nach russischem System und dem „Sozialismus" System Stinnes oder Montantrust und einer Wirtschaft, die unter der Diktatur der Arbeiterklasse dem Kommunismus zustrebt, ist nur der: Hier ist das Profitsystem, daß für eine Klasse von Faulenzern auf der Ausbeutung der Produktion aller für alle, wo die revolutionären Räte die Herrschaft und Verwaltung leiten würden unter der Kontrolle der gesamten Arbeiterklasse, wo eben so viel produziert werden kann als verbraucht wird, wo die überschüssigen Arbeitskräfte die im Kapitalismus hinausgeworfen auf die Straße liegen, für kulturelle Produktion eingesetzt werden können.

Ganz kraß zeigen sich die Widersprüche, die im Kapitalismus die Entwicklung hemmen, bei der Trennung zwischen Zechen und Anilinfabrikation. Die Anilindustrie ist ein naturgegebenes organisches Glied einer Vertikalvertrustung, für welche das rheinisch-westfälische Industriegebiet auf seiner eigenen Rohstoffbasis die glücklichsten Voraussetzungen hat. Das Anilin ist ein Produkt des ersten Produktionsganges am ersten Urstoff des industriellen Produktionsprozesses. Es wird gewonnen bei der Verkokung und Vergasung der Kohle im Steinkohlenteer, aus dem es destilliert, in einer sozialistisch

Der „Antibolschewismus" in der KPD.

„Antibolschewismus" ist bekanntlich das große Schlagwort, mit dem die KPD. jede Debatte erledigen, jedes, dem die Dinge zu haarig werden, zu diskreditieren sucht. Dieses Schlagwort hat mittlerweile auch in den Reihen der KPD. seine Zugkraft schon stark eingebüßt, trotzdem die „Rote Fahne" in Ermangelung anderer Argumente diese Methode fortzusetzen gezwungen ist. Die ausgeschlossene hannoversche Ortsgruppe gibt in ihrem Mitteilungsblatt Nr. 2 folgende Antwort:

Wir „Antibolschewisten".

Das entschlossene Vorgehen der niedersächsischen Mitgliedschaft hat Erfolg gehabt. Obwohl jedes Mitglied von 2 oder 3 Parteianzestellten in der Wohnung einzeln bearbeitet wird, obwohl die Kassierer dieser Partei mit der Lüge auftreten, sie kämen im Auftrag der Opposition und es sollen immer mehr Angestellte in den Bezirk geworfen werden und dann die zu besuchen, um die sich die Partei sonst seit Jahren nicht mehr bekümmert hat, und obwohl ungeheuerliche Gelder für diesen Kampf gegen die Mitgliedschaft verpfeudert werden, haben die revolutionären Mitglieder schon gesiegt. Müller selbst hat zugegeben: die KPD. in Hannover und die „NAZ." sind „kaput".

Jetzt versucht man es mit Güte. „Der Ausschluß der Genossen war ein Fehler". „Man muß sie wiedergewinnen." „Ihrem Wiedereintritt in die Partei steht nichts im Wege." So schallt es von Hannover bis Moskau. Freilich nur die „verführten Arbeiter" sollen kommen. Katz muß draußen bleiben. „Katz verkörpert alle antibolschewistischen, antimoskowitischen Abweichungen, deshalb wurde er ausgeschlossen". so erzählt Braun, der Chef der deutschen Partei, am 22. Februar auf der erweiterten Exekutive. Der freche Schwindel, daß Katz wegen eines Sturmes auf die „NAZ." ausgeschlossen sei, wird damit zwar endlich fallen gelassen. Aber ist es so besser geworden? Hält man die hannoverschen Genossen für kleine Babys, daß sie sich von Katz haben „verführen" lassen? Haben jene alten Hühnchen denn gar kein Gefühl dafür, wie sie gerade durch diese beleidigende Geringschätzung die hannoverschen Genossen erst recht abstoßen? Nein, die hannoverschen Genossen sind keine unmündigen Verführten. Sie sind denkende Männer und Frauen. Was geschehen ist, war ihr Wille. Sie stehen zu ihrer Politik. Katz handelte stets nur in ihrem Auftrage. Und sie bekennen s

vertrusteten Wirtschaft sofort in die Retorten der chemischen Fabriken zu wunderteilen, in tausenderlei wirtschaftsnotwendigen Bedarfsgütern verarbeitet würde, wie die anderen Rohstoffe zu Fertigprodukten für den Bedarf resp. für den Austausch für Rohstoffe oder Lebensmittel mit dem Auslande, resp. mit anderen Gebieten. Das Profitbedürfnis und der dem Kapitalismus naturgegebene Profithunger hemmt die Entwicklung der gesamten natürlichen Wirtschaftseinheit. Wenn bourgeoise und sozialdemokratische Spießbürger von dem aus der Mode kommenden Vertikaltrust und dem modern werdenden Horizontaltrust reden, so ist das weiter nichts, als Blindheit vor den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus. Der Vertikaltrust, der bei den Rohstoffen die Produktion beginnt, und sie beim Fertigprodukt endet, stößt in der Profitwirtschaft auf die Widersprüche, die statt einem, mehrere Industrieglianten nötig machen, und daneben vegetierende Schattenexistenzen. Die kapitalistische Wirtschaft vermag wohl die Basis zu einer (vertikalen) Vertrustung eines einheitlichen abgeschlossenen Produktionsgebietes anzudeuten. Den Bau zu errichten vermag erst die den Profit ausschließende kommunistische Bedarfswirtschaft.

Immer noch Stagnation am Arbeitsmarkt

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des März zeigt weiter nur eine sehr mäßige Besserung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist im Gesamtergebnis von rund 2,017 000 am 15. März 1926 auf 1 942 000 am 1. April 1926, d. h. um 75 000 oder 3,7 Prozent zurückgegangen, im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 702 000 auf 1 624 000 vermindert, während bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern sogar noch eine kleine Zunahme von 315 000 auf 319 000 eingetreten ist. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 2 204 000 auf 2 082 000 zurückgegangen. Insgesamt hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 2 056 000 auf 1 942 000 vermindert.

Aus diesen Ziffern des Reichswirtschaftsministeriums geht deutlich hervor, daß als Geschreibsel von einer Belebung der Wirtschaft eitel Flunkerei ist. Daß die Ziffer der unterstützten weiblichen Arbeitslosen noch gestiegen ist, beweist nichts weiter, als daß die Ziffer der arbeitslosen Industriearbeiter überhaupt stieg. Die Abnahme der Ziffer der unterstützten männlichen Arbeitslosen um 75 000 ist ausschließlich auf Saisonarbeiter zurückzuführen, in der Hauptsache auf die Landwirtschaft. Das Baugewerbe kommt trotz aller Unterstützung und Kredite durch Reich, Staaten und Gemeinden nicht in Gang.

Im vorigen Jahre sank die Ziffer der unterstützten Arbeitslosen in der zweiten Märzhälfte von 725 984 auf 660 642, d. h. um rund 66 500 oder mehr als 10 Prozent! Dabei ist zu beachten daß im vorigen Jahre in der zweiten Märzhälfte der Boden noch gefroren war und die Landwirtschaft nicht einmal zur Bodenbearbeitung überhaupt kommen konnte, während in diesem Jahre schon an die Bestellung herangegangen wurde. Die Arbeitslosenregistrierung ist in diesem Jahre viel weiter gespannt (durch die höher bezahlten kaufmännischen Angestellten), während der Bezug von Unterstützung viel rigoroser gehandhabt wird. Das mindert die Ziffer der diesjährigen „Besserung" prozentual noch bedeutend herab.

Aus der Bewegung

AAU. und AAUE.

An die Mitglieder der AAUE.!

I.

In der Frage der Vereinigung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse haben wir immer und stehen wir noch auf dem Grundsatz: „Erst Klarheit, dann Einheit". Von diesem Grundsatz haben wir uns bei den letzten Einigungsversuchen zwischen AAUE., AAU. und KAP. leiten lassen; von diesem Grundsatz müssen wir auch jetzt bei der Betrachtung der Frage der Beziehungen zwischen KAP., AAU. und AAUE. sowie der Möglichkeit einer Vereinigung der AAU. und der AAE. ausgehen.

Das trennende Moment zwischen uns ist die Frage der Partei. Die AAUE. beginnt sich bis heute noch mit billigen Argumenten die Notwendigkeit einer Partei neben der Union zu vernehmen. „Die Revolution ist keine Parteisache", — das ist eines ihrer stärksten Argumente gegen die Existenzberechtigung der KAP. Keine Revolution ist aber bis jetzt die Sache auch einer Organisation gewesen und wird sie auch nicht sein. Folgt etwa daraus, daß man die Notwendigkeit einer Organisation überhaupt verneint? Jedes Mitglied der AAUE., das nicht von den Offenbarungen des „Proletarischen Zeitgeistes" und der „Revolution" versucht ist, wird antworten — Nein! Dann ist jedoch notwendig, daß man nicht bis zum geistigen Niveau der Wirrköpfe aus dem „Proletarischen Zeitgeist" und der „Revolution" herabsinkt und die „Argumente", mit denen sie jede Organisation verneinen, nicht gegen die Existenzberechtigung der KAP. anwendet. Mit einer solchen Plattheit der Argumentation darf man an die Frage, ob eine Partei neben der Union notwendig ist, nicht herangehen.

Ein anderes „Argument" ist in der uns oft gestellten Frage: „Aus welchem Grunde genügt Ihnen nicht der Rätegedanke, der in der Union verkörpert ist?*") Die Arten der Organisationen der Arbeiterklasse sowie ihre Formen und Kampfmethoden werden nicht aus freien Stücken und von unserem „freien Willen" bestimmt, sondern sie sind bedingt von den Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats. Deshalb wird für einen Marxist, für einen Anhänger des historischen Materialismus die Frage nach den Arten der Organisationen der Arbeiterklasse nicht auf Grund seiner subjektiven Wünsche, nicht auf Grund dessen, ob ihm der Rätegedanke genüge oder nicht", sondern auf Grund der Analyse der konkreten Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes gelöst. Bei der Betrachtung der Frage der Existenzberechtigung der KAP. sowie bei Betrachtung jeder anderen Frage gibt es zwei Methoden: Die eine — man stellt sich auf ein abstraktes Prinzip und fällt ausgehend von ihm sein Urteil, und die andere — man stellt sich nicht auf ein abstraktes Prinzip (möge es noch so schön sein), sondern auf den Boden der lebendigen konkreten Wirklichkeit und leitet von ihr das Prinzip selbst ab. Die erste Methode ist metaphysisch und idealistisch und wird vor den Utopisten angewandt; die zweite ist materialistisch und dialektisch und ist die Methode des wissenschaftlichen Kommunismus. Die metaphysische und idealistische Methode wird von der AAUE. und die Methode des wissenschaftlichen Kommunismus wird von der KAP. und AAU. angewandt.

Die Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes, dessen Hauptelement die Lage des Proletariats als unterdrückte Klasse ist, bedingen, sowie Tatsachen, daß es die einzig revolutionäre Klasse der heutigen Gesellschaft ist, so auch die Tatsache, daß große Schichten von ihm klassenunbewußt und von der bürgerlichen Ideologie befangen sind. Dieselbe Klassenlage des Proletariats bedingt eine gewisse Zerrissenheit, die Existenz von verschiedenen Interessengruppen und ihrer entsprechenden Ideologie; und schließlich läßt die elende Klassenlage des Proletariats bei der ungeheuren Kompliziertheit der kapitalistischen Gesellschaft und damit der Bedingungen seines Kampfes gegen sie nur einen kleinen Bruchteil von Arbeitern die Möglichkeit, eine klare „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" zu haben. Nur ein kleiner Bruchteil von Arbeitern kann in den verschiedenen Entwickelungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten". (Komm. Manifest.) Deshalb wird die BO., d. h. die Union, wenn sie die breite Klassenorganisation der Arbeiter im Betriebe, die um die proletarische Diktatur kämpfen wollen, sein will naturnotwendig in ihren Reihen außer diesem bewußten Kern der Arbeiterklasse noch viel größere Massen umfassen. Die Bereitschaft dieser Arbeitermassen, um die proletarische Diktatur zu kämpfen ist kein Beweis, daß sie immer und in jeder Situation konsequent die Interessen der Gesamtbewegung vertreten können. Genügend Beispiel dafür sind Arbeiter der USPD., KPD., RFB., ADGB. und große Teile der AAUE., die unter dem Einfluß des „Proletarische Zeitgeistes" und der „Revolution" stehen). Die Gefahr eines Rückfalles in Reformismus, Opportunismus und Utopismus, das Verlieren der Interessen der Gesamtbewegung aus dem Gesichtskreis ist nicht nur möglich, sondern auch unvermeidlich, sobald die Union eine Massenorganisation des revolutionären Proletariats geworden ist. So wie die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats nur durch Einwirkung des bewußten auf den unbewußten Teil vor sich geht, so ist auch die Ueberwindung der Gefahr einer opportunistischen, reformistischen und utopistischen Entartung der Union nur durch die Einwirkung des bewußten Kerns, der eine klare Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" hat, möglich. Die Einwirkung dieses Kerns kann aber stärker und fruchtbarer sein, wenn er nicht zerstreut und atomisiert in der großen Masse der Union bleibt sondern organisiert ist. Seine Organisation ist die Partei. Die Existenzberechtigung der politischen Partei, d. h. der KAP. neben der AAU. ist also eine Notwendigkeit, die aus der Klassenlage des Proletariats sich ergibt. Nur eine solche organisatorische Teilung (die die „Einheitsfront" als „Spaltung" bezeichnet) erlaubt die Erhaltung und Entwicklung der Union als Klassenorganisation des revolutionären Proletariats. Gegen eine solche „Spaltung" können nur diejenigen sein, die nicht von der Klassenlage des Proletariats ausgehen, sondern von einem abstrakten Prinzip.

Die Mitglieder der AAUE. können in ihren Organisationsverneinern sehen, wie weit man kommen kann, wenn man nicht von der realen Wirklichkeit, von der Klassenlage des Proletariats, sondern von einem „schönen", abstrakten Prinzip ausgeht. Die Organisationsverneinung ist nämlich eine Konsequenz des Einheitsgedankens, weil man jede Organisation als eine „Spaltung" der Arbeiterklasse betrachten kann, da sie nicht die ganze Klasse umfaßt.

Nicht weniger haltlos ist die Verneinung der KAP. im Interesse der Konzentration der Kräfte. Die „Einheitsfront" versucht zu beweisen, daß die Zusammenfassung der besten Arbeiter in der Partei ihre Trennung von der Union bedeutet. Sie schreibt, daß die KAP. „die klarsten Köpfe an sich zieht und sie von der Union trennt"; und an anderer Stelle: „konzentriert werden die Kräfte in der Partei, die ja nur die klarsten Köpfe hat während die Union sich mit dem, was nach Abhub der Sahne übrig bleibt, mit dem Durchschnitt begnügen muß" (siehe Nr. 6, 1926). Wenn die Demagogie nicht das Fehlen der Argumente gegen die Notwendigkeit der KAP. ersetzen sollte, so mußte die „Einheitsfront" zugeben, daß die KAP. sich „die klarsten Köpfe" organisiert, um sie nicht von der Union zu trennen, sondern für noch fruchtbarere Arbeit in der Union und in der gesamten Arbeiterklasse. Bedeutete etwa die Zusammenfassung der besten Elemente der AAUE. in einer Sonderorganisation als „Rätekommunisten" eine Trennung von der AAUE? Bedeutete das auch eurer Meinung nach noch nicht eine größere Konzentrierung der Kräfte in der AAUE? Warum dann diese Demagogie seitens eures Organs? Offenbar, weil bessere Argumente gegen die Existenzberechtigung der KAP. nicht vorhanden sind.

Die Notwendigkeit, von der KAP. neben der Union verstanden früher einmal auch die „Theoretiker" der AAUE., nämlich Piemfert und Rühle.

„Die politisch reifsten, revolutionär entschlossensten und aktivsten Elemente" — schreibe Rühle — „haben die Aufgabe, die Phalanx der Revolution zu bilden. Sie können diese Aufgabe nur erfüllen als Phalanx, d. h. in geschlossener Formation. Sie sind die Elite des revolutionären Proletariats. Sie gewinnen aus der Geschlossenheit wachsende Kraft und zunehmende Tiefe der Erkenntnis. Sie werden als Avantgarde des Proletariats den Schwankenden und Unklaren sichtbare als Wille zur Tat. Im entscheidenden Moment bilden sie das magnetische Zentrum für alle Aktivität. Sie sind eine politische Organisation. Aber keine politische Partei. Keine Partei im überlieferten Sinne. Der Name Kommunistische Arbeiter-Partei ist der letzte äußerliche — wie bald entbehrliche! — Rest einer Tradition... **Was wird also die KAPD. tun?** Sie wird revolutionäre Betriebsorganisationen schaffen. Sie wird die AAU. propagieren. Sie wird im Aufbau von Betrieb zu Betrieb, von Wirtschaftsgebiet zu Wirtschaftsgebiet die Kaders der revolutionären Massen formieren, zum Sturmlauf schulen, zum Entscheidungskampfe festigen und kräftigen, bis jeder Widerstand des zusammenbrechenden Kapitalismus überwunden werden kann.... Und aus der AAU. wird sich, in den Betrieben beginend, über die Wirtschaftsgebiete aufsteigend, über das ganze Reich sich schließlich erstreckend — die kommunistische Bewegung herauskristallisieren. Die neue Kommunistische „Partei" — die keine Partei mehr ist. **Die aber zum ersten Male — kommunistisch ist!** Herz und Hirn der Revolution! Vergegenwärtigen wir uns den Prozeß ganz konkret: In einem Betriebe stehen 200 Mann. Ein Teil von ihnen gehört der Allg. Arb.-Union an und propagiert sie, zunächst ohne Erfolg. Doch der nächste Kampf, in dem die Gewerkschaften natürlich versagen, bricht den Bann. Bald sind 100 Man zur Union übergegangen. Von diesen sind 20 Kommunisten (der KAP.), die übrigen USP.-Leute, Syndikalisten, Unorganisierte. Die USP. hat fürs erste das stärkste Vertrauen. Ihre Politik beherrscht die Taktik der Kämpfe, die im Betriebe geführt werden. Aber je länger, je mehr erweist sich die USP.-Politik als falsch, als unrevolutionär. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihr läßt nach. Die Politik der Kommunisten setzt sich durch. Aus 20 Kommunisten im Betrieb werden 50, werden 100 und mehr. Die kommunistische Gruppe beherrscht die Taktik der Union, beherrscht die Kämpfe um das revolutionäre Ziel. Wie im Kleinen, so im Großen. Von Betrieb zu Betrieb, von Wirtschaftsgebiet zu Wirtschaftsgebiet pflanzt sich die kommunistische Politik fort. Sie setzt sich durch, sie gewinnt Führung, sie wird der Kopf, das Hirn, die leitende Idee." (Otto Rühle) „Die Revolution ist keine Parteisache!" — Verlag der Aktion. (Franz Pfemfert)

Rühle anerkennt also die Notwendigkeit der KAP. neben der Union. Ihn stößt nur der Name „Partei" ab. Das ist aber unwesentlich; die „Einheitsfront" selbst erklärt, daß der „prinzipielle" Kampf der AAUE. gegen die KAP. „sich zum wenigsten aus dem Namen Partei begründet" (siehe Nr. 7, 1926). Pfemfert hat sich nicht nur mehrere Male mit dem von Rühle Gesagten solidarisiert, sondern er selbst schreibt zum Gründungsparteitag der KAP.

„Die Elite der revolutionären Arbeiter Deutschlands hat sich Ostern 1920 in der Kommunistischen Arbeiter-Partei die Organisation geschaffen, die den politischen „Führern" das Gewerbe höllisch erschweren wird. Im vorigen Heft der Aktion sind die Leitsätze über revolutionäre Betriebsorganisationen abgedruckt, die der Gründungskongreß einstimmig angenommen hat." (Aktion" 17-18 1920.)

Die „Theoretiker" der AAUE. waren mal also von der Notwendigkeit der KAP. überzeugt und haben sie als „Elite", „Kopf", „Herz" und „Hirn" der Revolution bezeichnet. Heute benutzen sie demagogisch ihre eigenen Bezeichnungen der KAP. mit dem Zweck der Spekulation auf den spießerischen Ehrgeiz der Unionisten und zur Hetze gegen die KAP.

Ausland

Frankreich

Demonstration der Beamten.

Paris, 14. April. Eine von der Regierung verbotene Beamtenmanifestation fährte, da das Verbot von den Manifestanten nicht eingehalten wurde, an mehreren Stellen der Stadt zu Ausschreitungen. Am Opernplatz kam es zu Krawallen zwischen Manifestanten und Polizei, ebenso am Süd- und Ostbahnhof. Zahlreiche Polizisten und Manifestanten wurden verletzt. **300 Verhaftungen wurden vorgenommen.**

England

Die Bergbaukrise.

In Südwales wurde auf allen Zechen die Kündigung des Lohnabkommens zum 30. April angeschlagen mit folgendem Zusatz: „Es vollziehen sich jetzt Verhandlungen, die hoffentlich zu einem neuen Abkommen führen werden. Sollte kein Abkommen abgeschlossen werden, so wird von dem **1. Mai durch Anschlag bekannt gegeben werden, zu welchen Bedingungen die Arbeit nach dem 1. Mai fortgesetzt werden kann.** Die Gruben bleiben auch nach dem 1. Mai alsdann zu diesen bekanntgegebenen Bedingungen-für den Betrieb offen."

Der „Kampf" der Arbeiterpartei.

WTB. London 15. April (Reuter.) „Bei den die ganze Nacht hindurch andauernden Kommissionsberatungen über die Sparsamkeitsvorlage der Regierung trat um 6 Uhr morgens eine ganz außerordentliche Lage ein, die zur Ausschließung von 13 Mitgliedern der Arbeiterpartei führte, weil sie eine ganz neue Obstruktionsmethode in Anwendung brachten. Bei der Abstimmung über den von der Arbeiterpartei eingebrachten Vertragsantrag blieben Lansbury, Wheatley und 11 andere Mitglieder der Arbeiterpartei in der Halle vor der Abstimmungstür zurück, wo sie über eine halbe Stunde unter Spaßen und Gesang verblieben, wodurch die ganze Sitzung aufgehalten wurde. Der Vorsitzende der Kommission und die Minister beriefen hierauf in kurzer Zeit und entschlossen sich schließlich, den Sprecher des Unterhauses aus dem Bett zu holen. Unter lärmendem Widerspruch der Arbeiterpartei stellte Neville Chamberlain den Antrag, **die betreffenden 13 Mitglieder der Arbeiterpartei von der Sitzung auszuschließen.** Die Arbeiterpartei befolgte darauf dieselbe Taktik. Nachdem noch eine weitere halbe Stunde vergangen war, gab der Sprecher den Stimmzählern Anweisung, das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben. Es ergab sich, daß der Antrag Chamberlains mit 163 gegen 76 Stimmen angenommen war. Die 13 ausgeschlossenen Mitglieder der Arbeiterpartei wurden darauf aufgefordert, den Saal zu verlassen und die Beratungen wurden wieder aufgenommen."

Wie überall: Die Kapitalisten handeln und die „Arbeitervertreter" spielen Theater.

Polen

Arbeitslosendemonstration. — Verhaftungen.

WTB. Warschau, 14. April. Heute fanden neuerlich Kundgebungen von Erwerbslosen vor den staatlichen Arbeitsvermittlungsämtern statt. In der Gartenstraße drangen etwa 1000 Arbeitslose, unter die sich Pöbel (?) mischte, in eine für Arbeitslose errichtete Notstandsküche ein und zertrümmerten die Einrichtung. Im Arbeitsvermittlungsamt in der Chiodnastraße wurden von der Menge die Fensterscheiben eingeworfen. Ueber 20 Personen wurden verhaftet.

Mitteilungen

KAP. Spandau.

Versammlung mit Sympathisierenden am Montag, den 19. 4. 1926, Lokal: Wagner Falkenhagener Straße, am Wasserturm. Beginn 7½ Uhr abends.

Groß-Berlin

Donnerstag, den 22. April 1926, abends 7,30 Uhr, im Saal des Ledigenheims, Pappel-Allee 15

öffentliche Versammlung.

Thema: Wirtschaftskrise, Arbeitslosenelend und die Aufgaben des Proletariats.

Erwerbslosen-Obleute.

Sitzung fällt am Montag aus. Alle erwerbslosen Genossen treffen sich am Montag, den 19. April, nachmittags 1,30 Uhr, Pappelallee 15 (Nähe Danziger Straße). (Erwerbslosen-Versammlung KPD.) Der Obmann.

2. Bezirk (Moabit). Freitag, den 23. April 1926 abends 7,30 Uhr, im Lokal Oelschläger, Berlichingenstraße 5. **Referat: Materialistische Geschichtswissenschaft und Philosophie.** Erscheinen aller Genossen Pflicht. Sympathisierende haben Zutritt.

KAJ. Norden. Donnerstag, den 22. April 1926, Oeffentlicher Gruppenabend. Thema: China und das europäische Proletariat. Lokal: Eyser, Dunkerstraße 88.

Achtung! Achtung!

Soeben erschienen:

Die K.P.D. im eigenen Spiegel.

(Aus der Geschichte der KPD. und der III. Internationale.)

176 Seiten stark.

Preis nur 2 Mark.

Bestellungen nimmt entgegen:

Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O. 17, Warschauer Str. 49.

*) Prof. „Aktion", Heft 3. 1925.

7. Jahrg. Nr. 31

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 690 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Krise des Reformismus

Die Spaltung der SPD. und KPD.

Das Zentral-Organ der Sozialdemokratie würgt schon seit Jahren an dem sächsischen Brocken, der ihm schwer im Magen lag, und den die SPD. nicht auszuspucken wagte. Nun ist er doch wieder hoch gekommen und den Tapferen im Zentralvorstand vor die Füße gekollert. Man ist dabei, ihn wieder in den Magen, der ihn absonderte, zurückzuführen. Der „Vorwärts" teilt mit, daß man jetzt besonders sorgfältig die Korrespondenz prüfen müsse, um zu einer endgültigen „objektiven" Entscheidung zu kommen.

Die „Rote Fahne" teilt in ihrer Nummer vom 20. April mit, daß die „Konferenz der verantwortlichen Sekretäre und Redakteure" — der bezahlte Offizierstab der 3. Internationale in Deutschland — gegen zwei Stimmen beschloß: **„Die Gruppe Korsch-Schwarz hat sich durch ihre offene gegenrevolutionäre Agitations- und Fraktionstätigkeit außerhalb der Reihen der Kommunisten gestellt."** Sie veröffentlicht ferner einen Brief des Präsidiums der Komintern in dem es heißt: **„Die erweiterte Exekutive hat einstimmig beschlossen, keinerlei Parteidiskussion über die Fragen der KP. der SU. in der Komintern und deren Sektionen zu eröffnen."** — Ein zewisser Herr Becker suchte dies in einer langen Artikelserie in der „Roten Fahne" auf die auch an anderer Stelle Bezug genommen ist, frech zu bestreiten. — Sinowjew schickt eine besondere Erklärung, in der er dagegen protestiert, daß sich irgendwelche oppositionelle Gruppen auf ihn berufen und dann sagt: **„Ich stehe auf dem Standpunkt des Beschlusses der Exekutive, daß eine „russische" Diskussion in den Sektionen der Komintern nicht entfacht werden soll. Dieser Beschluß ist bindend für die ganze KI., also auch für alle deutschen Genossen."**

Angesichts dieser brutalen Deutlichkeit, mit der hier zum Ausdruck gebracht wird, daß eine Debatte über die Entwicklung Rußlands, der Klassenlage des Proletariats in Rußland, der Rolle der „Sowjet"-Regierung und ihrer innen- und Außenpolitik und die aus dieser Politik sich ergebende Funktion der 3. Internationale **ein für alle mal kategorisch verboten ist und bleibt,** richten sich die Angriffe der Gewaltigen gegen die Opposition von selbst. „Das Wort Gottes" — und somit auch das Wort Moskaus — ist eben „höher als alle Vernunft"! Der Klassenkampf des Proletariats ist nicht ein geistiges Ringen des Proletariats selbst um die Probleme der proletarischen Revolution, sondern zum bedingungslosen Glauben an irgend einen Pfaffen degradiert. **„Zweifler dulde ich nicht!"** war die Devise **Wilhelms** des Größenwahnsinnigen. Wer zweifelt an der Heiligkeit der Worte der Päpste der 3. Internationale — der stellt sich nach deren Worten **„außerhalb der Reihen der Kommunisten"!** Wir erklären dazu aufs neue: Einen solchen „Kommunismus" finden wir in den reaktionärsten Winkeln des schwärzesten Pfaffentums massenweise, nur daß er eben dort nicht ganz so gut bezahlt wird. Die Kopfhänger und Mucker von Sekretären und Redakteuren der Religionsgemeinschaft der 3. Internationale nicken für 1000 Mark Monatsgehalt mit dem Kopf und sind der Verachtung des revolutionären Proletariats sicher. Die „Opposition" Fischer-Urbahns hat denn auch prompt kapituliert, wie nicht anders zu erwarten war. Die Arbeiter der linken Fraktion stehen vor einer klaren Entscheidung. Außerhalb dieser 3. Internationale zu stehen, ist für jeden revolutionären Kommunisten eine Ehre! Für die Arbeiter der KPD. wird eine solch freche Verhöhnung der elementarsten Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes zum sichtbaren Prüfstein werden.

Nun stehen beide Parteien und suchen gegenseitig die Krise der anderen auszunützen. Die „Linke" Sozialdemokratie erklärt mit Recht, daß sie links von der KPD. steht. Sie lehnt den durch die russische Politik bedingten nationalistischen Kurs der KPD. ab. Sie lehnt einen solchen Terror innerhalb der Mitgliedschaft ab. Sie weist die Demagogie der KPD., die darüber jammert, daß die SPD. die sogenannten „Rußlandfahrer" der SPD. ausschließe damit zurück, daß erstens die KPD. kein Recht habe gegen den Terror anderer Parteien aufzutreten, und zweitens man nicht zweien Herren dienen kann. Wer jemand eine abweichende Stellung einnehmen, dem stehe es frei, den Trennungsstrich zu ziehen. Wer dennoch in einer Partei einen der Partei entgegengesetzten Standpunkt vertrete, der sei unehrlich, wenn er dagegen tobt, wenn die Partei ihn formell dort hinschickt, wo er schon faktisch steht. Im übrigen wirft sich die Linke in der SPD. auf zum Kritiker gegen den eigenen Parteivorstand, der in keinem Falle einen gemeinsamen Kampf mit den KPD.-Leuten wolle. Bei der Notwendigkeit der KPD., im Interesse Rußlands sozialdemokratische Politik zu treiben, wirft sie ferner stets von neuem die Frage der Existenzberechtigung zweier sozialdemokratischer Parteien auf. Ihr Hinweis, daß der Gewerkschaftseinheit auch die Einheit auf politischem Gebiete folgen müsse — ihr Hinweis auf die Schwankungen und Irrungen der KPD. bleiben sachlich von dieser unbeantwortet. Die KPD. hat daher aus reiner Verzweiflung und auf Befehl von Moskau ihre eigene Krise gewaltsam zu liquidieren versucht, um wenigstens nach einer Richtung die Arme frei zu haben. Sie sucht krampfhaft einen Anschluß an die „linke" SPD., um ihren stutzig gewordenen Mitgliedern beweisen zu können, daß die „Einheitsfronttaktik" doch Erfolge zeitige. Ihr Rechtskurs bedingt, daß sie in dem Marsch nach rechts fortlaufend die revolutionären Elemente ausschifft um sie durch sozialdemokratische Annäherungen mit dem Ziel der Verbindung mit der linken Sozialdemokratie gegen den „rechten" Parteivorstand zu ersetzen. Die entsprechende Parole heißt dann: „Linkskurs" der sozialdemokratischen Arbeiter.

Doch diese Oberflächenerscheinungen sind Zeichen der Krise des Reformismus und seiner Politik überhaupt. Die Krise der Sozialdemokratie wurde einmal geheimnt durch die momentane Scheinstabilisierung des Kapitalismus, anderseits durch den Rechtskurs der 3. Internationale infolge der Entwicklung Rußlands. In den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter war der Hinweis auf die Wandlung der 3. Internationale ein starkes Argument und schien die Richtigkeit der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Doch auf die Dauer wirken sich die tieferen Gründe aus. Die Krise des Kapitalismus selbst stellt die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vor die Aufgabe, den Charakter dieser Krise zu untersuchen. Die Krise selbst wird zu einer Dauererscheinung und verschärft sich immer katastrophaler. Auf die Dauer geht es nicht, auf eine Konjunktur hinzuweisen, die eben nicht mehr kommt, und mit der „Abrechnung" zu drohen. Auf die Dauer erkennen die Massen, daß die Ueberwindung der Krise innerhalb des Kapitalismus eine Illusion ist. Sie erkennen weiter, daß durch die Struktur und die parlamentarisch-gewerkschaftliche Politik ihrer Organisationen die „Führer" von der Krise verschont bleiben, infolge ihrer gutbezahlten Stellungen im Staat und der Organisation selbst, die nur ein Teil des kapitalistischen Staates ist. Die Arbeiter verlangen „Taten", „Taten" — das wissen die Herren Bönzen ganz genau, die seien sie noch so voller Illusion, die Krise nur noch verschärfen würden. Die „linke" Sozialdemokratie sieht den einzigen Weg der Beschwichtigung darin, die Arbeiter mit mehr „Volksentscheid", Landtagsauflösungen usw. zu beschäftigen, um den Tatendrang verpuffen zu lassen, während die Rechte und die Gewerkschaften erklären, daß jetzt Ruhe um jeden Preis das A und O der wahrhaft sozialdemokratischen Politik sein muß, sollen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht in Teufels Küche kommen. Der erträumte Zustand „friedlicher Entwicklung" vor dem Kriege ist eben nicht mehr herbeizuzaubern. Infolge der Katastrophe des Kapitalismus tritt vor das Proletariat die Notwendigkeit, ihn zu stürzen. „Unsere Notwendigkeit — sagt Rosa Luxemburg — tritt in ihr volles Recht mit dem Moment, wo jene andere, die bürgerliche Klassenherrschaft, aufhört Trägerin des geschichtlichen Fortschritts zu sein, wo sie zum Hemmschuh, zur Gefahr für die weitere Entwicklung wird."

Die Aufgabe aller wahrhaft revolutionären Arbeiter ist es daher, den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß mit reformistischen Methoden und Organisationen ein Ausweg nicht möglich ist. Es gilt den Arbeitern der KPD. und der SPD. zum Bewußtsein zu bringen, daß es gilt, den Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt vorzubereiten und aufzunehmen, wenn sich das Proletariat nicht vollends zu Tode „rationalisieren" lassen will. Nicht ein Wechsel des reformistischen Firmenschildes, nicht ein Wechsel der parlamentarischen Parteiflagge bringt eine Lösung, sondern die große Erkenntnis, daß das Proletariat durch seine Diktatur den gordischen Knoten durchschlagen muß, der in dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produktionsmittel und der Waren besteht! Die klassenverbindende Solidarität über die Berufe hinaus ist nötig, um die letzte große Schlacht vorzubereiten. Der Zusammenschluß in den Betrieben in der AAU. ist nötig, um die Produktionsmittel zu erobern!

Der Kampf gegen den arbeitermordenden Reformismus der KPD. und SPD., der Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaften ist nötig, um die letzten morschen Stützen des Kapitals zu stürzen. Der Kampf um die Prinzipien der KAPD.: Mit den Räten und durch die Räte für die kommunistisch-proletarische Revolution steht auf der Tagesordnung. Proletarier aller Länder! — —

Hindenburg, Radek und die KPD.

„Herunter mit den Masken!"

„Herunter mit den Masken!" so ist eine Artikelserie in der „Roten Fahne" überschrieben, die sich gegen die linke Fraktion, oder besser gesagt „linke" Fraktionen richten soll. Es ist langweilig, sie zu lesen. Man hat den Eindruck, daß der Schreiber alles an den Haaren heranziehen will, um ihnen eine derartige Länge zu geben, daß jeder Arbeiter die Lust verlieren soll und den Kram hinwirft. Doch ist in diesem zerstückelten Bandwurm ein „Argument" enthalten, das anschließend den Haupttrumpf darstellt und von allgemeiner Bedeutung ist. Es wird dort in Nr. 89 der „Roten Fahne" vom 17. April gesagt:

„Wir wagen sogar die Frage zu stellen, ob aus sämtlichen ultralinken Federn, auch die Veröffentlichungen von Katz und die gesamte Literatur der KAP. hinzurechnet, jemals eine Schrift mit so viel revolutionärer Kraft und Wirkung hervorgegangen ist, wie es diese Note (Völkerbundnote Tschitscherins, R.) ist? — — Nicht nur „die Frage der Komintern", sondern auch das, was die Grundlage dieser „Frage" bildet, der von Korsch ausgestaltete „Widerspruch zwischen den nationalen Interessen des ökonomischen und politischen Aufbaues der Arbeiter- und Bauernrepubliken der Sowjetunion und dem internationalen Interesse des revolutionären proletarischen Klassenkampfes" hat gerade aus der Feder des Genossen Tschitscherin, dem Volkskommissar für Aeußeres aus der Sowjetregierung (der zugleich auch Mitglied des ZK. der KP. der Sowjetunion ist.) ihre Widerlegung erfahren."

Gegen diesen Punkt ist die ganze Polemik aufgebaut, und mit der Note Tschitscherins zu widerlegen versucht. Diese „Wiederlegung" kann sich in der Tat sehen lassen.

Kollontay bestätigt in ihrem Buche „Wege der Liebe" glänzend die Tatsache, die von uns immer wieder hervorgehoben wurde, daß der Kommunismus und seine Ideologie, und die „Nep" und ihre Ideologie zwei Dinge wie Feuer und Wasser sind. Daß die Nep-Leute in ihren Geschäftssorgen einfach für den Kommunismus und die Ideologie der Arbeiter nicht das mindeste Verständnis haben. Sie nennen sich natürlich „Kommunisten", aber sie haben mit ihm ungefähr soviel zu tun, wie die Redakteure der „Roten Fahne". Für sie ist der Kommunismus eine Geschäftsangelegenheit. Dazu ist er gut. Es ist schon deswegen notwendig, dies zu betonen, weil Tschitscherin einer der führenden Nep-Leute ist. Um des Geschäftes willen ist er Mitglied der III. Internationale. Den Kongressen der III. Internationale bleibt er demonstrativ fern. In seiner Eigenschaft als Nep-Mann hat er auch die Note an den Generalsekretär des Völkerbundes verfaßt, und den Kommunismus für seine geschäftlichen Zwecke auszunützen versucht, was in folgendem noch näher begründet werden soll.

Auf den mit großem Krach „enthüllten" Vertrag der deutschen Kapitalsrepublik ist von der „KAZ." schon vor Wochen hingewiesen worden. Wir wiederholen nur, was wir in Nr. 27 und 28 schon sagten. Nach der Reichspräsidentenwahl war Radek bei Hindenburg. Die Unterredung hatte den Zweck, von der deutschen Geldsackrepublik die Zusicherung zu erhalten, daß diese keinen pro-englischen und anti-russischen Kurs zu steuern beabsichtige. Wir erwähnten ferner, daß Radeck zusagte, dafür zu sorgen, daß der bis dahin noch bestehende — nur zur Irreführung der Arbeiter bestehende — illegale Ordnerdienst der KPD. aufgehoben, ferner der „Rote Frontkämpferbund" entmilitarisiert würde. Als Gegendienst wurde von Hindenburg zugesagt, daß der Prozeß gegen die